

TRIUMPH DER FRAUEN?

*Das weibliche Antlitz
des Rechtspopulismus
und -extremismus in
ausgewählten Ländern*

03

Fallstudie

Vereinigte Staaten von Amerika

Cynthia Miller-Idriss

**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG
Forum Politik
und Gesellschaft

TRIUMPH DER FRAUEN? DIE STUDIENREIHE

Weltweit setzt sich das Erstarken rechtspopulistischer Parteien der vergangenen Jahre fort – in den meisten Ländern ist diese Entwicklung männlich dominiert und Rechtspopulisten werden vor allem von Männern gewählt. Doch auch eine neue Generation von Frauen ist in rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen aktiv – sie bilden sozusagen das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus. Und in der Gunst der Wählerinnen holen diese Parteien stark auf – ein neues Phänomen, dachte man doch lange, dass Frauen eher immun gegenüber rechten politischen Angeboten sind. Doch welche geschlechter- und familienpolitischen Positionen und gesellschaftlichen Tendenzen stehen dahinter? Kann es sein, dass sich hier politisch ein Triumph der Frauen zeigt?

Das fragten wir, zugegeben provokativ, bereits mit unserem ersten Band der 2018 von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Publikation *Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe*. Wir setzen diesen ersten Band nun mit einer Reihe von Teilstudien in loser Folge fort. Das liegt nicht nur an dem großen Interesse, das der Studienband bis heute in der Öffentlichkeit und Fachwelt hervorgerufen hat. Als Stiftung der Sozialen Demokratie ist es uns seit unserer Gründung ein wichtiges Anliegen, antidemokratische Tendenzen und Entwicklungen im Blick zu behalten und darüber aufzuklären, um mit diesem Wissen eine offene und demokratische Gesellschaft zu stärken.

Die Studienreihe *Triumph der Frauen?* nimmt dabei einen besonderen Blickwinkel ein: Die Länderstudien untersuchen rechtspopulistische (und vereinzelt rechtsextremistische) Parteien und ihre Programmatik in der Familien- und Geschlechterpolitik. Hierbei steht die Frage im Vordergrund, welche Politikangebote bei Wählerinnen verfangen und Parteien im rechten Spektrum wählbar machen. Wie brechen sich antifeministische Positionen Bahn? Zudem werden einzelne geschlechterpolitische Themen untersucht, erreichte Stimmenanteile analysiert sowie die Rolle weiblicher Führungsfiguren und Gegenbewegungen beleuchtet.

Während der erste Studienband Länder aus Europa in den Blick nahm, weitet die neue Studienreihe den Blick und analysiert einzelne Länder und Themen weltweit. Wo schaffen es rechtspopulistische Parteien, neben der Diskurshegemonie über Flucht- und Migrationsthemen auch Debatten in der Familien- und Geschlechterpolitik diskursiv zu verschieben oder gar zu prägen? Und treffen die sozialpolitischen Angebote auf Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit breiter Wähler_innenschichten?

Wie auch immer die Antworten auf diese Fragen ausfallen, uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass sich progressive Akteur_innen über diese Herausforderungen verständigen und gemeinsam den Kampf gegen das Auseinanderdriften und Spaltungen in unseren Gesellschaften angehen.

Dr. Stefanie Elies und *Kim Krach*
Forum Politik und Gesellschaft
Friedrich-Ebert-Stiftung

FALLSTUDIE VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

VON CYNTHIA MILLER-IDRISS

// Das folgende Kapitel handelt primär von der Geschlechterdimension des US-amerikanischen populistischen Nationalismus/Trumpismus in den Jahren vor und nach der Wahl Donald Trumps. Der Begriff »Trumpismus« beschreibt dabei die spezielle Mischung aus Prominentenkult, Nativismus, Populismus und unkalkulierbarer politischer Führung, die als eine von mehreren politischen Entwicklungen zur Wahl Donald Trumps im Jahr 2016 beigetragen hat (vgl. Sopol 2018; Tabachnick 2016). Im Zentrum dieses Kapitels soll die Frage stehen, welche Rolle Frauen und Geschlechterdiskurse innerhalb der Tea-Party-Bewegung spielten und inwieweit Narrative von »Familienwerten« (»*family values*«) und Männlichkeit bei evangelikalen Christ_innen den Erfolg der Trump-Kampagne begünstigten. Im letzten Abschnitt werden schließlich noch kurz die Auswirkungen der Regierungspolitik auf Geschlechtergerechtigkeit, einschließlich reproduktiver Rechte, Zugang zu Empfängnisverhütung und Schutz der LGBTQI*-Community, beleuchtet. //

Gegen ihre Interessen? Weiße Frauen und die Wahl Donald Trumps im Jahr 2016

Viele Beobachter_innen haben es bereits bemerkt: Donald Trump hat 2016 in fast jeder Altersgruppe die Mehrheit der weißen Frauen für sich gewinnen können. Insgesamt unterstützten ihn über 40 Prozent aller Frauen (vgl. Jaffe 2018; Setzler/Yanus 2018), aber unter den weißen Frauen waren es die meisten: Hier gaben letztlich 53 Prozent Trump den Vorzug gegenüber der demokratischen Kandidatin Hillary Clinton. Auch Trumps lange Geschichte sexistischer und frauenfeindlicher Bemerkungen, einschließlich der vieldiskutierten Tonaufnahme, in der er damit prahlte, Frauen ohne deren Zustimmung an intimen Körperstellen zu »packen«, hat weiße Frauen nicht dazu bewegen können, Hillary Clinton zu wählen (vgl. Jaffe 2018).

Wie lässt sich dieser Widerspruch erklären? Die Geschichte der Unterstützung weißer Frauen für Donald Trump steht in engem Zusammenhang mit drei Faktoren: (1) der Geschichte der Tea-Party-Bewegung, (2) der Politisierung evangelikaler Christ_innen in den USA und (3) einem mittlerweile mehrere Jahrzehnte andauernden Wiedererstarken eines Populismus, der einen Gegensatz zwischen dem amerikanischen Volk einerseits und den Eliten, der Wissenschaft und der Regierung andererseits postuliert. Diese drei gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen gingen einher mit einer geschlechtsbezogenen Mobilisierung rund um Themen wie traditionelle Mutterschaft und die Zukunft der eigenen Kinder, »Lebensschutz« und den Versuch einer Neudefinition des Begriffs »Feminismus« als Autonomie von staatlicher Abhängigkeit. All das hat dazu beigetragen, dass Donald Trump die Präsidentschaftswahl 2016 gewinnen konnte.

Die Frage, warum »Frauen sich gegen ihre eigene Freiheit organisieren«, wie es die Journalistin Seyward Darby in ihrem kürzlich erschienenen Buch *Sisters in Hate* formulierte, ist schwer zu beantworten (Darby 2020: 115). Einig sind sich alle Analysen des Wahlergebnisses von 2016 darin, dass neben konservativen Männern auch viele konservative Frauen für Donald Trump mobilisiert werden konnten, weil sie traditionelle republikanische Ansichten zu einem schlankeren Staat vertraten, aus Parteiloyalität (vgl. Setzler/Yanus 2018) oder aus Feindseligkeit gegenüber Hillary Clinton

(vgl. Tien 2017). US-amerikanische Wähler_innen wählen sehr häufig entlang von Parteilinien und schauen nicht auf die Person, die zur Wahl steht. Dabei unterscheiden sich die Parteipräferenzen weißer und nichtweißer Frauen: In den letzten drei Wahlen gaben weiße Frauen mehrheitlich republikanischen Kandidat_innen den Vorzug, während die meisten Schwarzen Frauen und Latina-Frauen demokratische Kandidat_innen unterstützten (vgl. ebd.: 667). Das letzte Mal, dass weiße Frauen mehrheitlich für einen demokratischen Präsidentschaftskandidaten stimmten, war 1996 – und das Mal davor lag zu jenem Zeitpunkt bereits 32 Jahre zurück (vgl. Darby 2020: 119).

Die meisten weißen Frauen entscheiden jedoch nicht ausschließlich nach Parteiloyalität oder konservativen Kernidealen wie einem schlanken Staat. Es kommt auch die Kategorie der Hautfarbe hinzu – genauer gesagt: der Wunsch nach Wahrung ihres eigenen *White Privilege* gemäß einer Logik, nach der weiße Frauen innerhalb einer explizit oder implizit vertretenen Hierarchie zwar »als Frauen nachrangig gegenüber Männern, aber als Weiße vorrangig gegenüber nichtweißen Minderheiten« gelten (Junn 2017: 348). Die 2014 durchgeführte *Cooperative Congressional Election Study* der Universität Harvard fand heraus, dass fast 70 Prozent der weißen Frauen unter den über 20 000 Teilnehmenden der Studie positive Gleichstellungsmaßnahmen (»*affirmative action*«) »eher ablehnten« oder »entschieden ablehnten« (Darby 2020: 119; vgl. Massie 2016).¹ Laut Cassese/Barnes lässt sich die Unterstützung weißer Frauen für Trump teilweise dadurch erklären, dass sie einen Status quo bewahren wollen, indem sie einen Vorteil gegenüber Frauen aus Minderheiten haben. Das Wahlverhalten weißer Frauen reflektiere demnach »gesellschaftliche Positionierungspraktiken«, mit denen sie ihr eigenes Privileg zu wahren und zu zementieren suchten, obwohl der Kandidat, für den sie sich entschieden, gleichzeitig den privilegierten Status von Männern gegenüber Frauen festige (Cassese/Barnes 2019: 687). Alexis Grenell kam in einer Kolumne für die *New York Times* mit dem Titel

¹ Die Daten der Cooperative Congressional Election Study von 2014 sind unter <https://dataverse.harvard.edu/dataset.xhtml?persistentId=doi%3A10.7910/DVN/XFXJYV> verfügbar (aufgerufen am 30.9.2020).

»White Women, Come Get Your People« zu dem Schluss, dass die Evidenz letztlich dafür spricht, dass die politische Kluft in den USA weniger entlang der Kategorie Geschlecht als zwischen Weißen und Nichtweißen verläuft (vgl. Grenell 2018; Darby 2020: 119).

Das Wahlverhalten von Frauen im Jahr 2016 hing aber auch von sexistischen Einstellungen ab (vgl. Cassese/Barnes 2019). Viele weiße Frauen konnten für eine Wahl Donald Trumps mobilisiert werden, weil seine Wahlkampfretorik spezifische Geschlechterdiskurse bediente, die die Rolle der Frau als Hüterin des Hauses hochhielten. Dabei ließen sie sich auch nicht dadurch abbringen, dass in einem Wahlkampf, der durch wiederholte sexistische und frauenfeindliche Ausfälle gekennzeichnet war und in dem das Verhalten gewählter Amsträger_innen alles andere als die von Konservativen so hochgehaltenen Familienwerte reflektierte, tatsächliche geschlechtsspezifische und reproduktive Rechte unter Beschuss gerieten. Die Rolle von Frauen wie Kellyanne Conway und Ivanka Trump, aber auch der Pressesprecherinnen Sarah Huckabee Sanders und Kayleigh McEnany als Fürsprecherinnen und Beraterinnen in Trumps Wahlkampf wie auch während seiner Präsidentschaft darf man hier nicht unterschätzen. Mit erfolgreichen Frauen als Advokatinnen an vorderster Front konnten sowohl die Kampagne als auch später das Weiße Haus ihre vorgebliche Frauenfreundlichkeit demonstrieren.

Laut Cassese/Barnes hegen manche konservative Frauen tatsächlich eine Antipathie oder einen »feindseligen Sexismus« gegenüber Frauen, denen sie unterstellen, die Macht der Männer an sich reißen zu wollen (Cassese/Barnes 2019: 688). Feindseliger Sexismus hat sich in der Tat nach der politischen Orientierung als zweitwichtigster Prädiktor für eine Unterstützung von Donald Trump herauskristallisiert (vgl. Glick 2019). Damit hing die Unterstützung weißer Frauen entscheidend mit feindseligen Einstellungen gegenüber Hillary Clinton zusammen – insbesondere bei konservativen Frauen, die traditionelle Geschlechterrollen vertreten und ihr Privileg zu wahren suchen, indem sie »ihre Beziehungen zu und mit weißen Männern schützen und priorisieren« (Cassese/Barnes 2019: 688). Bei nichtweißen Frauen bestehen keine solchen Anreize, die Privilegien weißer Männer zu verteidigen (vgl. ebd.).

Sowohl die drei genannten gesellschaftlichen Trends als auch die oben angeführten Geschlechterthemen manifestieren sich sehr unterschiedlich bei weißen und nichtweißen Frauen. Diese Tatsache hat lange Zeit nicht genügend Aufmerksamkeit erhalten. Die folgenden Abschnitte sollen daher spezifisch die Mobilisierung der Unterstützung Donald Trumps durch weiße Frauen unter Berücksichtigung der Geschlechterdimensionen der jeweiligen drei Trends beleuchten.

Die Tea-Party-Bewegung und Sarah Palins »Mama Grizzlies«

Die Tea Party hat Donald Trump nicht ins Amt gehoben. Man könnte sogar sagen, dass der Trumpismus die Tea-Party-Mobilisierung als entscheidende Kraft abgelöst hat, die zum republikanischen Wahlerfolg 2016 führte. Dennoch ist die Tea-Party-Bewegung ein bedeutender Faktor, wenn man verstehen will, wie sich konservative Frauen in den Jahren vor Trumps Präsidentschaft mobilisiert haben und wie sich das auf ihre Unterstützung Donald Trumps und ihre Beteiligung an der Arbeit der Regierung auswirkte. Die Tea Party war in der politischen Geschichte der USA in vielerlei Hinsicht einzigartig. Ihr womöglich wichtigstes Alleinstellungsmerkmal war jedoch die wesentliche Rolle, die Frauen in der Bewegung spielten – bis hin zur obersten Führungsebene. Obwohl mehrheitlich aus Männern bestehend, wurde die Bewegung maßgeblich von Frauen angeführt und organisiert (vgl. Skocpol/Williamson 2016: 42f.). Teilweise lag das an ihrer dezentralen Struktur, die es Frauen – darunter Hausfrauen ebenso wie bereits politisch engagierten konservativen Frauen, die sich durch die traditionellen, männlich dominierten republikanischen Parteistrukturen blockiert sahen – besser ermöglichte, landesweit Führungsrollen zu übernehmen (vgl. Deckman 2016). Dass es sich bei der Tea Party um eine reaktionäre Bewegung handelt, ist seit langem anerkannt. Wenige haben jedoch die immense Bedeutung der Geschlechterdimension dieser reaktionären Mobilisierung erkannt – sowohl in Bezug auf die Beteiligung von Frauen als auch auf die Geschlechterdiskurse, die zu dieser Beteiligung führten.

Die Tea-Party-Bewegung erschien 2009 auf der politischen Landkarte. Sie war entstanden aus konservativen Protesten gegen die Steuerpolitik und die Ent-

lastungsprogramme für Hausbesitzende der Regierung Obama. Die Proteste lehnten sich metaphorisch an die sogenannte Boston Tea Party an – ein Protest amerikanischer Kolonisten gegen die Teesteuer der britischen Kolonialherrschaft (vgl. Skocpol/Williamson 2016: 4). Dieses historische Ereignis hat sich in amerikanischen Schulbüchern, in populären Mythen und im kulturellen Gedächtnis lange als das Ereignis gehalten, das zur Amerikanischen Revolution von 1776 geführt hatte, und wurde damit zu einem Symbol für den Widerstand gegen staatliche Tyrannei durch zivilen Ungehorsam (vgl. White 2018: 17). Durch den gezielten Einsatz von Kostümen, Symbolen und Reinszenierungen der Boston Tea Party gelang es der Bewegung, unverhältnismäßig große mediale Aufmerksamkeit und erhebliche finanzielle und strategische Unterstützung durch konservative Organisationen zu mobilisieren (vgl. Rosenthal/Trost 2012). Innerhalb kürzester Zeit mündeten damit die Tea-Party-Proteste der Jahre 2009 und 2010 in ein landesweites Netzwerk von Organisationen, wobei nach und nach über 1 000 lokale Gruppierungen entstanden (vgl. Skocpol/Williamson 2016: 8). Das Zusammenwirken von lokaler Mobilisierung von unten und organisatorischer Unterstützung von oben ließ die Tea Party (und damit auch deren neue Form des konservativen Brandings und Marketings) als eine Bewegung erscheinen, die rein von der Basis getragen wurde, aber in Wirklichkeit erhebliche Unterstützung aus der Parteizentrale erhielt (vgl. Rosenthal/Trost 2012; Skocpol/Williamson 2016: 11f.; White 2018: 19).

Trotz ihrer kurzen Lebensdauer war die Tea Party damit eine signifikante Erscheinung in der politischen Geschichte der USA. CNN-Kommentator Chris Cillizza beschrieb sie 2019 als »dominante politische Bewegung der USA zu Beginn des Jahrzehnts« und als die Gruppierung, die »die Kontrolle über die Republikanische Partei« übernommen hatte (Cillizza 2019). Während der Präsidentschaft Trumps trat die Bewegung in der Politik wie in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend in den Hintergrund und hatte bis 2019 komplett an Bedeutung verloren. Auf die politische Beteiligung von Frauen hatte die Tea-Party-Bewegung jedoch einen enormen Einfluss ausgeübt, der eine genauere Betrachtung verdient.

Die basisorientierte Organisationsstruktur der Tea-Party-Bewegung hat Frauen auf nie zuvor da gewesene Weise politisch mobilisiert. Möglich wurde dies, indem politischer Aktivismus von der nationalen auf die kommunale Ebene verlagert wurde. Somit konnten sich nun auch Frauen beteiligen, die ihren Lebensentwurf in einer eher traditionellen Hausfrauenrolle sahen. Die Autorin des Blogs Moms4SarahPalin schrieb, dass die Tea Party Frauen wie ihr, also »Frauen, die in Haus und Heimbüro arbeiten, eine Stimme gegeben« hätte (Deckman 2016: 13). Es gelang der Tea Party aber auch, neu zu definieren, was unter »Frauenthemen« zu verstehen sei (ebd.: 16). Frauen wurden mit einem Dreiklang an Themen angesprochen: Mutterschaft und Familienprotektionismus, weibliche Unabhängigkeit vom Staat sowie eine Neudefinition von Feminismus als eine Frage der Autonomie, nicht der Entscheidungsfreiheit (vgl. ebd.: 19). Zusammengenommen bildeten diese drei Themen einen neuen vergeschlechtlichten Rahmen für konservative Politik. Es hieß, eine schlankere Regierung sei besser für amerikanische Familien und die Zukunft ihrer Kinder, staatliche Regulierung sei Bevormundung von Frauen und die Bundesregierung wolle die Freiheit von Frauen sowie ihre Fähigkeit, sich selbst gegen staatliche Tyrannei zu wehren, einschränken (vgl. ebd.: 3f.). Alle drei Themen verfielen bei konservativen Frauen besonders gut.

Ein großer Teil dieses *Reframings* geht auf die frühere Gouverneurin von Alaska und Vizepräsidentschaftskandidatin Sarah Palin zurück – einschließlich des direkten Appells an Frauen, die sie »Mama Grizzlies« nannte: Frauen, die sich »erheben« und »zusammenschließen«, um »Nein zu sagen« zu einer Politik des starken Staats, der auf ihre »Bärenjungen« abziele und »unseren Kindern und Enkeln« schade (Deckman 2016: 1). Lokale Tea-Party-Führungen erhörten die Rufe, trugen sie zu den Frauen an der Basis und appellierten an die Pflicht der Mütter, sich gegen einen zu großen Regierungsapparat zu wehren, wenn ihnen der Schutz ihrer Familien und der künftige Lebensstandard ihrer Kinder am Herzen läge. Appelle an Muttergefühle und Mutterpflichten sind in der konservativen Politik seit langem gängig, aber die Frauen der Tea Party trugen diesen Denkraum noch einen Schritt weiter über die traditionellen Geschlechterideologien hinaus: Sie situierten »gute Mutterschaft« als politischen Akt, zu dem

im Sinne der Bewahrung der wirtschaftlichen Zukunft der Kinder auch Widerstand gegen moralische und finanzielle Bedrohungen der Familien gehörte (ebd.: 17). In eine ähnliche Stoßrichtung ging das Argument, dass sich die Mutter als Beschützerin ihrer Familie auch zu Schusswaffengesetzen positionieren sollte, womit der politische Akt der Mutterschaft mit der Verteidigung des Rechts auf Schusswaffenbesitz verknüpft wurde (vgl. ebd.: 18).

Besonders bemerkenswert ist, dass im Zuge der Mutterschaftsrhetorik konservativer Frauen und des Hochhaltens der Rolle der Hausfrau auch an einige von Hillary Clintons größten politischen Fehlritten erinnert wurde. So hatte Clinton während des Wahlkampfs von 1992 gesagt, sie sei nicht der Typ Frau, der »zu Hause bleibt und Kekse backt«, und während eines Interviews in der Sendung *60 Minutes* angemerkt, sie sei keine, die »dasäße wie ein Frauchen, das seinem Mann den Rücken freihält« (Tien 2017: 657). Der Gegenwind, den Clinton von nichtberufstätigen Müttern erfuhr, kam umgehend und war dauerhaft. Der konservative »feministische Backlash« ist in diesem Zusammenhang zu sehen – und im Lichte der Tatsache, dass Trump nicht gegen irgendjemanden aus der Demokratischen Partei antrat und auch nicht gegen irgendeine demokratische Frau: Er stand zur Wahl gegen eine Kandidatin, gegen die konservative, traditionelle Hausfrauen und Mütter tiefe und nachhaltige Ressentiments verspürten. Ivanka Trump tat hingegen alles, um ihr Image als erfolgreiche Geschäftsfrau dadurch zu kontrastieren, dass sie sich wiederholt bei öffentlichen Auftritten und in den sozialen Medien als fürsorgliche Mutter inszenierte (vgl. Filipovic 2017).

Die Tea-Party-Bewegung hatte es also geschafft, traditional lebende Frauen auf lokaler Ebene zu rekrutieren, indem sie die Mutterschaft als politischen Akt neu positionierte. Sie hat sich allerdings auch bemüht, den Begriff des Feminismus selbst neu zu besetzen – mit dem Argument, dass das Streben der Frauenbewegung nach einer Gleichberechtigung mit Männern durch eine übermäßige Betonung von Entscheidungsfreiheit überlagert worden sei, und zwar auf eine Art und Weise, die eine Abkehr von den ursprünglichen Idealen der Frauenbewegung markiere. Die Frauen der Tea Party argumentierten, dass die Forderung nach dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch sowie nach

staatlicher Regulierung zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit, wie sie von liberalen und linken Feministinnen vertreten wurde, einem tatsächlichen Verrat an den ursprünglichen Zielen der Frauenbewegung gleichkäme. Der moderne liberale Feminismus, so das Argument, fördere eine Bevormundung von Frauen, die zu Abhängigkeit von staatlichen Strukturen führe; zudem sei die Priorisierung reproduktiver Rechte über alles andere ein Irrweg. Konservative Feministinnen argumentierten, dass nur die Forderung nach Unabhängigkeit vom Staat, wirtschaftlicher Autonomie und Eigenverantwortung die wahren Ideen der Frauenbewegung wieder zum Tragen bringe (vgl. Deckman 2016: 19–21). Das Versprechen der Tea Party, Frauen die Handlungsräume zurückzugeben, hat der Bewegung die Unterstützung einer großen Zahl konservativer Frauen gesichert, die zuvor von politischen Bewegungen und politischem Aktivismus eher Abstand gehalten hatten.

Evangelikale Christ_innen, christlicher Nationalismus und »Familienwerte«

Die Unterstützung Donald Trumps durch weiße evangelikale Frauen ist Teil des größeren Phänomens, welches das Wahlverhalten weißer evangelikaler Christ_innen im Jahr 2016 darstellt. Sage und schreibe 81 Prozent aller weißen evangelikalen Wähler_innen gaben am Wahltag Donald Trump ihre Stimme und verhalfen ihm damit maßgeblich ins Amt (vgl. Martinez/Smith 2016). Analyst_innen taten sich ebenso schwer damit wie die allgemeine Öffentlichkeit, zu verstehen, wie Konservative, die der traditionellen Familie so große Bedeutung beimaßen, »einen Mann unterstützen konnten, der alle Werte, die ihnen angeblich so wichtig waren, mit Füßen trat« (Du Mez 2020: 3). Unmittelbar nach der Wahl erschienen zahllose Analysen und Untersuchungen, die versuchten, die Entscheidung der Evangelikalen für Donald Trump zu erklären. Die Daten aus den Wahlkreisen legten nahe, dass republikanische Wähler_innen maßgeblich nach politischen Positionen wie etwa Trumps Beharren auf Begrenzung der Einwanderung während der Nominierungsphase entschieden (vgl. Scala 2020: 17). Andere hoben hervor, dass evangelikale Republikaner_innen starke Ressenti-

ments gegenüber der Demokratischen Partei hegten und sie deshalb »wohl kaum einem republikanischen Kandidaten die Unterstützung versagen würden« (Margolis 2020: 110) – egal, wie abstoßend sie seine Person auch finden mochten. Viele Untersuchungen wiesen ebenso auf die Bedeutung von Flaggship-Themen wie Abtreibung und andere Gender-Themen wie die Ehe für alle oder LGBTQI*-Personen im Militär hin, die die Entscheidung konservativer Wähler_innen für Donald Trump als Kandidaten wohl begünstigten (vgl. Franklin/Ginsburg 2019).

Vieles, was die Unterstützung weißer Frauen für Donald Trump begründet, erklärt auch die Unterstützung durch weiße Evangelikale. Insbesondere gilt das für Themen rund um interethnische Beziehungen und die Wahrung eigener Privilegien. Schon in frühen Berichten über die entscheidende Unterstützung evangelikaler Wähler_innen für Trump wiesen Forscher_innen darauf hin, dass etwa 25 Prozent aller evangelikalen Christ_innen in den USA nichtweiß sind und jene zu zwei Dritteln Hillary Clinton gewählt hatten (vgl. Gorski 2017: 2). Dieser Unterschied zwischen weißen und nichtweißen Evangelikalen ist ebenso bemerkenswert wie der zwischen weißen und nichtweißen Frauen. Wir müssen also auch die Frage stellen, inwieweit Intersektionalität und multiple Gruppenidentitäten eine Rolle bei der Unterstützung von Trump durch weiße Frauen und weiße Evangelikale spielten (vgl. Crenshaw 1989; Collins 2002; Cassese/Barnes 2019: 41; Manne 2020). Eine Möglichkeit, die Unterstützung Trumps durch weiße evangelikale Christ_innen zu erklären, liegt darin, sich die politischen Ansichten jener Mehrheit konservativer Evangelikaler anzuschauen, die weiße christliche Nationalist_innen sind. Das gilt insbesondere insoweit, als diese Gruppe eine romantische Nostalgie für ein vergangenes »Goldenes Zeitalter« hegt und Angst vor einer apokalyptischen Zukunft hat (vgl. Gorski 2017). Im weißen christlichen Nationalismus finden wir ein hohes Maß an Nationalstolz, promilitärischen Einstellungen, Feindseligkeit gegenüber Muslim_innen, Nativismus, Ablehnung interethnischer Ehen sowie den festen Glauben daran, dass sich das Land auf dem falschen Weg in die Zukunft befinde (vgl. ebd.: 5f.). Dieser »Irrweg« gehe einher mit einem breiten Spektrum an Bedrohungen familiärer Werte und tra-

ditioneller Geschlechterrollen, insbesondere rund um das Thema Abtreibung – ein Thema, das rechte Politiker_innen bereits zuvor besetzt hatten, um mit der Rhetorik einer »Errettung von Föten zur Sicherung von Amerikas Zukunft« der moralischen Degeneration, dem nationalen Niedergang und dem Bösen überhaupt den Kampf anzusagen (Franklin/Ginsburg 2019: 4).

Trumps Wahlkampf sprach mit seiner Nostalgie für ein vergangenes »Goldenes Zeitalter«, mit seinen restaurativen Versprechungen einer utopischen Zukunft, seinen rassistischen, migrant_innen- und muslimfeindlichen Ressentiments und seinem maskulinen Poltern eine große Bandbreite konservativer Frauen und Männer an, die sich durch den demografischen und gesellschaftlichen Wandel bedroht fühlten. Dazu gehören auch Ängste vor Einwanderung und Veränderungen am Mehrheitsstatus der weißen Bevölkerung, getrieben durch auseinanderklaffende Geburtenraten, aber auch Einstellungen zu Schwangerschaftsabbrüchen, zu der Übernahme der Kosten für empfängnisverhütende Mittel durch Krankenversicherungen, dem Zugang zu Toiletten für Transgender-Personen, zu gleichgeschlechtlichen Ehen, zu LGBTQI* im Militär und dem Recht, auf der Grundlage religiöser Einstellungen LGBTQI*-Personen private Dienstleistungen zu verweigern (vgl. Gorski 2017). Für die religiöse Rechte war Trump nicht nur ein Präsident, der die Zukunft weißer Christ_innen verteidigen würde. Er war ein »göttlicher Anführer«, von Gott gesandt, um der christlichen Rechten wieder die Macht in die Hand zu legen, die Autorität ihren rechtmäßigen Inhabern zurückzugeben und Amerika damit zu erretten (Posner 2020: xv).

Die christliche Homeschooling-Bewegung spielt in diesem Zusammenhang eine besonders wichtige Rolle. Nach fast zwei Jahrzehnten stetigen Wachstums wurden 2016 insgesamt 1,7 Millionen US-amerikanische Kinder zu Hause unterrichtet – zwei Drittel davon aus religiösen Gründen (vgl. Du Mez 2020: 189). Der christliche Heimunterricht ist ein bedeutender Faktor in der Unterstützung evangelikaler Frauen für Donald Trump, denn der Lehrplan selbst bildet eine »stetige Quelle für die Lehre einer militanten patriarchalen Autorität in einem christlichen Nationalismus« und stützt damit die Vorstellung eines »bi-

blischen Patriarchats« (ebd.: 188f.). Darin ist der Ehemann sowohl der Ernährer der Familie als auch der Hausvorstand, während die Ehefrau die Rolle der unterwürfigen, unterstützenden Hausfrau und Mutter einnimmt, die die Kinder im Sinne von Keuschheit, Reinheit, kulturellem Erbe, Tradition und Familienwerten erzieht. Weiße evangelikale Christ_innen glauben, »dass Männer und Frauen verschieden und Männer die geborenen Anführer sind«, während es Frauen obliegt, sich um Heim und Familienleben zu kümmern sowie für die moralische Erziehung der Kinder zu sorgen (Monk-Turner 2020: 30). Dieses Deutungsmuster verstärkt nicht nur traditionelle Geschlechterrollen, sondern schreibt Müttern auch die Rolle zu, die Familie gegen eine ganze Reihe kultureller Bedrohungen zu schützen – einschließlich der Bedrohungen durch Liberalismus, Abtreibung, Islam, Einwanderung, den Niedergang der Religion, geschlechterinklusive Pronomina und LGBTQI*. Die Mobilisierung evangelikaler Frauen zur Wahl 2016 war in vielerlei Hinsicht das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen der christlichen Rechten, »Hausfrauen, die entsetzt vom moralischen Niedergang sind«, dazu zu ermutigen, sich politisch zu beteiligen (Posner 2020: xv).

Für die Evangelikalen stieg diese Bedrohungswahrnehmung mit der Wahl Barack Obamas rapide an, was einen erneuten Mobilisierungsschub zur Folge hatte (vgl. Du Mez 2020: 238). Eine ganze Reihe gesetzlicher und politischer Veränderungen schreckte die Evangelikalen zusätzlich auf, einschließlich der Entscheidung des Verteidigungsministeriums von 2013, Frauen zu militärischen Kampfhandlungen zuzulassen, und der Klage der American Civil Liberties Union (ACLU) gegen einen Konditor, der sich geweigert hatte, eine Hochzeitstorte für eine gleichgeschlechtliche Hochzeit anzufertigen. Als der Oberste Gerichtshof 2015 die gleichgeschlechtliche Ehe zuließ und die Regierung Obama kurze Zeit später gegen die Einschränkung der Toilettennutzung für Transgender-Personen in North Carolina vorging, brachten die Evangelikalen ihre Anhänger_innen »in Kampfstellung« (ebd.: 240f.). Zusammen mit der fortwährenden Bedrohung der Familie durch Abtreibungsgesetze, die als zu locker wahrgenommen wurden, bereiteten all diese Debatten den Boden für Trumps

späteres Wahlversprechen, die Religionsfreiheit zu schützen und christliche Traditionen zu wahren. Aufgrund der zentralen Bedeutung, die das Thema Abtreibung sowie die Einschränkung des Rechts darauf für die Evangelikalen im ganzen Land erfährt, war es schließlich Trumps Versprechen, Pro-Life-Richter_innen an den Obersten Gerichtshof zu berufen, was die Allianz zwischen Trump und den Evangelikalen besiegelte (vgl. Monk-Turner 2020: 35).

Allerdings ließen sich die Wähler_innen nicht nur durch Gender-Themen mobilisieren. Von ebenso großer Bedeutung ist, dass die gesamte Trump-Kampagne von einer Rhetorik des nationalen Niedergangs und dem Versprechen einer Wiederherstellung nationaler Größe geprägt war. Trump-Anhänger_innen sehen den Verlust des »Goldenen Zeitalters« in einem moralischen Niedergang begründet, der sich nur durch eine tugendhafte Restauration aufhalten lässt – ansonsten stehe die Nation einer apokalyptischen Endzeit gegenüber, in der Eindringlinge und Vergevalteter das Land bevölkern und die Reinheit weißer Frauen bedrohen würden. Sie sehen ihre Nation als belagert, bedroht durch Linke, den Multikulturalismus, Einwanderung, Kommunismus, Muslim_innen, global Denkende, den »radikalen Islam« und eine »Transgender-Lobby«. Es sei nun Aufgabe der Eltern, insbesondere der Mütter, ihre Familien und die Zukunft der Kinder gegen all diese und noch mehr Bedrohungen zu schützen und zu verteidigen. Mit einer Metaphorik von »Reinheit und Beschmutzung, Invasion und Widerstand, Apokalypse und Errettung, Korruption und Erneuerung« wird diese tugendhafte Restauration vor allem in vergeschlechtlichte Kategorien gefasst, da Niedergang und Schwäche eine Folge von »Sanftmut und Weiblichkeit« und die »Rückkehr zu alter Größe« nur mit einem Wiedererstarken von Dominanz, Männlichkeit und männlichem Bravado zu erreichen sei (Gorski 2017: 9, 11). Ein heroischer *Leader*, dessen aggressive, militante Männlichkeit »nicht durch politische Korrektheit oder feminine Tugenden« abgeschwächt sei, erschien vielen Evangelikalen als Lösung ihrer Probleme (Du Mez 2020: 253). »Konfrontiert mit einer Verschwörung der Mächte des Bösen, suchten die Evangelikalen nach einem Mann, der für sie kämpfen würde – einem Mann, der sich vielleicht hier oder da zu testosterongesteuerten

Leichtsinnigkeiten oder Exzessen hinreißen ließ, aber das war eben Teil des Deals«, erklärt Du Mez (ebd.: 260f.). Trump verkörpere »Amerikas Stärke« und würde jener auch global wieder zu alter Macht verhelfen (ebd.).

Anders gesagt: Die Wähler_innen in den USA haben sich nicht trotz seines hypermaskulinen und heteronormativen Polterns um Donald Trump geschart, sondern genau deswegen (vgl. Glick 2019: 721). Das galt für die Evangelikalen, deren Unterstützung für Trump den Höhepunkt ihrer Hinwendung zu einer »militanten Männlichkeit« bildete – »einer Ideologie, die eine patriarchale Autorität festigt und stumpfe Machtdemonstrationen im Inland wie im Ausland billigt« (Du Mez 2020: 3). Es galt aber auch für die nichtevangelikale Wählerschaft. Letztlich war feindseliger Sexismus wahlentscheidend für eine Unterstützung Donald Trumps als Religiosität, sexuelle Orientierung, ethnische Zugehörigkeit, Bildungsniveau, Alter, Familienstand oder Einkommen (vgl. Glick 2019: 721). Trump wurde gewählt, weil er genau der Typ »echter Mann« war, dessen »robuste Männlichkeit« die Wähler_innen an eine Zeit erinnerte, als in den USA »die Welt noch in Ordnung war (Du Mez 2020: 271).

Wenn man die US-amerikanische Rechte aus der Geschlechterperspektive betrachtet, geht es jedoch nicht nur um Wahlergebnisse oder das Wahlverhalten von Frauen. Gender-Aspekte sind auch von zentraler Bedeutung bei rechtspopulistischen Angriffen auf Wissen. In den USA manifestieren sich diese Angriffe vorwiegend durch Attacken auf die Hochschulbildung, die oft im Rahmen einer spezifischen Kritik an den *Gender Studies* daherkommen.

Populismus, Wissenschaftsfeindlichkeit und Kritik an *Gender Studies*

Die Welle des Populismus und Nationalismus, die wir in Europa, Indien, Brasilien und andernorts beobachten, hat auch die USA ergriffen – allerdings in der Form einer etablierten Partei. Dieser Populismus, den ich als Schema/Denkmal wie auch als rhetorische Strategie definiere, postuliert einen Gegensatz zwischen dem »einfachen«, »reinen Volk« und den »korrupten Eliten« (Bonikowski 2017; Canovan 1999; Brubaker 2017;

Miller-Idriss 2019, 2020; Mudde 2004; Müller 2016). Populistischer Nationalismus erweitert diese Gegenüberstellung um einen Gegensatz, in dem die wahrgenommene Bedrohung von allem ausgeht, was anders ist. Populistisch-nationalistische *Leader* befürworten einen stärkeren Staat, um das reine Volk vor der Bedrohung durch Muslim_innen, Einwander_innen, nichtethnische »andere« und weitere Bevölkerungsgruppen zu schützen (vgl. Brubaker 2017; Berezin 2019; Kubik 2018; Miller-Idriss 2019; Woods u. a. 2020).

In den USA sind diese populistisch-nationalistischen Narrative zudem von einer starken Wissenschaftsfeindlichkeit durchsetzt, mit der gegen etablierte Expertise und die gesamte höhere Bildung Sturm gelaufen wird. Geschlechterfragen und *Gender Studies* bilden dabei ein besonders beliebtes Ziel. Für die extreme Rechte in den USA ist die höhere Bildung Sündenbock Nummer eins für den postulierten Niedergang der westlichen, christlichen Zivilisation sowie der ideologischen Werte der Rechten. *Gender Studies* und Feminismus gehören somit zu einer ganzen Reihe von Zielscheiben der populistischen Rechten, die Universitäten einen politischen *Bias* und höheren Bildungseinrichtungen eine »kulturmarxistische« Verschwörung unterstellen, die junge Menschen mit linksgerichteten Ideen indoktrinieren und damit eine Revolution vorbereiten will (Miller-Idriss 2020: 123). Besonders gern werden solche Debatten rund um Geschlechterfragen angestachelt – so zum Beispiel durch die vermehrte Durchsetzung von Unisex-Toiletten in Universitäten oder die Nutzung alternativer Pronomina. Vertreter_innen der extremen Rechten werfen den Universitäten vor, »links-subversive Aktivitäten« zu fördern (Posner 2020: 156) und von radikalen Feministinnen (»*Feminazis*«) durchsetzt zu sein, die Männer ihrer Männlichkeit oder ihrer rechtmäßigen Macht berauben und leicht zu beeindruckende junge Studierende dazu manipulieren wollen, sich dem Diktat einer politischen Korrektheit zu unterwerfen (Miller-Idriss 2020: 124).

Gender steht gleichfalls im Zentrum von Angriffen auf die höhere Bildung, die über den populistisch-nationalistischen Teil des rechten Spektrums hinausgeht. Der Psychologieprofessor Jordan Peterson – einer der Lieblinge der Rechten – ruft aktiv dazu auf, »den hoffnungslos durch »*Women's Studies*« unterwanderten

Universitäten den Rücken zu kehren« und lieber Berufsschulen zu besuchen (Phillips-Fein 2019). Der rechts-extreme Provokateur Milo Yiannopoulos rief ein sogenanntes »Privilegiertenstipendium« ins Leben, auf das sich nur weiße Männer bewerben konnten. Ziel sei, weiße Männer »mit ihren weiblichen und queeren Mitstudierenden sowie Mitstudierenden aus ethnischen Minderheiten gleichzustellen«². Unterdessen sind die *Gender Studies* fortwährend Angriffen und Schmähungen durch die populistische Rechte ausgesetzt. *Gender Studies*, so der Vorwurf, seien Instrument einer »Gender-Ideologie« und stünden Ergebnissen aus der »echten« Wissenschaft wie etwa Biologie und Evolutionspsychologie entgegen (Krämer/Klinger 2020: 253). Die populistische Rechte hatte sich schon zuvor durch feministische Ansätze bedroht gesehen, die traditionelle Geschlechterrollen infrage stellten, aber erst der populistische Nationalismus hat diese Bedrohung als absichtliche Manipulation durch *Gender Studies* gekennzeichnet, die bestehende Geschlechterrollen »aushöhlen«, Traditionen zerstören und Familienwerte untergraben sollte (ebd.: 258). Universitäten seien daher eine ernsthafte Gefahr für die westliche Zivilisation und die christliche Religion und damit das, was ein rechtsgerichteter Autor bereits als »kulturellen Verrat« bezeichnete (Posner 2020: 156).

Die Entwicklungen in den USA ähneln denen in anderen Teilen der Welt, wo faschistische Angriffe auf Wissen und Expertise eine wesentliche Strategie bilden, um Quellen für öffentlich verfügbares Faktenwissen zu unterminieren und einer größeren Empfänglichkeit für Propaganda und extreme Ideologien den Boden zu bereiten (vgl. Stanley 2018). In den USA kommt noch eine jahrzehntelange Geschichte konservativer Kritik an der angeblichen Linkslastigkeit amerikanischer Universitäten dazu, die mindestens auf die Jagd auf kommunistische Akademiker_innen in der McCarthy-Ära der 1950er Jahre zurückgeht und unter verschiedenen Regierungen immer wieder aufgeflammt war (vgl. Miller-Idriss 2020; Social Science Research Council 2018). Die jetzigen Angriffe der extremen Rechten auf

² Laut der Anti-Defamation League hat Yiannopoulos im März 2018 angekündigt, dass die Organisation, die das Stipendienprogramm verwaltete, nicht mehr existiert. »Milo Yiannopoulos: Five Things to Know«, ADL, o. D.; <https://www.adl.org/resources/backgrounders/milo-yiannopoulos-five-things-to-know> (aufgerufen am 27.2.2020).

die höhere Bildung und die Wissenschaft unterscheiden sich jedoch von den konservativen Angriffen der Vergangenheit, da sie die höhere Bildung als Teil einer breiter angelegten, globalen Verschwörung zur Untergrabung traditioneller Familienwerte darstellen, die eine schädliche »Gender-Ideologie« vertrete und die »natürlichen« Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu eliminieren suche. Zu diesen Angriffen gehören die Infragestellung verfassungsmäßiger Rechte von Frauen und LGBTQI*, einschließlich eines juristischen Vorgehens gegen Gesetze über den Zugang zu Toiletten für Transgender-Personen und die Aufhebung des Verbots von Transgender-Personen im Militär durch die Regierung Obama (vgl. Hosie 2019).

Wer trägt die Last? Die Auswirkungen der Wahl 2016 auf Geschlechtergerechtigkeit und reproduktive Rechte

Trumps Wahlsieg führte in den USA zu einer Reihe von Infragestellungen reproduktiver Rechte von Frauen und bestehender Schutzregelungen für LGBTQI*. Dabei lohnt es sich festzuhalten, dass Trumps Historie im Bereich LGBTQI*-Themen vor seiner Wahl durchaus vielschichtig ist. Noch 2013 hatte er seine Position bezüglich der Ehe für alle als »sich entwickelnd« beschrieben; 2016 hatte er sich als »echten Freund« der LGBTQI*-Community bezeichnet (Olorunnipa 2019) und North Carolina dafür kritisiert, den Zugang zu Toiletten für Transgender-Personen zu beschränken.³ Seine Position zum Thema Schwangerschaftsabbrüche war da schon deutlicher: Trump stützte seinen Wahlkampf auf eine Anti-Abtreibungs-Rhetorik, einschließlich des Versprechens, nur Richter_innen zu ernennen, die sich als »Lebensschützer_innen« definierten. Während seiner Wahlveranstaltungen sagte er wiederholt, dass Frauen bestraft werden sollten, wenn sie abtrieben. Letzteres revidierte er jedoch nach Protesten und schwenkte auf die Position um, dass vielmehr Ärzt_innen, die Schwangerschaftsabbrüche vornahmen, bestraft werden sollten (vgl. Diamond 2016). In der Tat war es jedoch Trumps Vizepräsident, der fromme evangelikale

³ Vgl. »2016 Presidential Candidates on LGBTQ Issues«, *Ballotpedia*, o. D.; https://ballotpedia.org/2016_presidential_candidates_on_LGBTQ_issues (aufgerufen am 24.8.2020).

Christ Mike Pence, dessen Ansichten über Genderfragen, reproduktive Rechte von Frauen und Schutz für LGBTQI* die christliche Rechte am meisten ansprachen. In seinen vorherigen Funktionen als Gouverneur von Indiana und Kongressabgeordneter hatte Pence immer wieder Gesetzesvorschläge oder andere politische Maßnahmen mitgetragen oder unterstützt, die reproduktive Rechte, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch oder die Rechte von LGBTQI* zu beschneiden suchten, einschließlich Gesetzen, mit denen der Vergewaltigungsbegriff neu definiert werden und Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen erschwert werden sollte. Auch startete er Versuche auf bundesstaatlicher Ebene um Frauen dazu zu verpflichten, fötales Gewebe offiziell bestatten oder kremieren zu lassen, und Bemühungen auf nationaler Ebene, Gelder für die Bekämpfung von HIV für sogenannte Konversionstherapien umzuwidmen. Als Gouverneur unterzeichnete er ein Gesetz, das Unternehmen und Einzelpersonen in Indiana die Diskriminierung von LGBTQI* erlaubte, und sprach sich öffentlich gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aus, von der er glaubt, dass sie zu einem »gesellschaftlichen Zusammenbruch« führe (Chakelian 2016, zit. n. Girard 2017: 6). Während des Wahlkampfs und der Amtszeit der Regierung von 2016 bis 2020 konnte Pence auf eine breite Unterstützung aus evangelikalen Reihen zählen; führende evangelikale Kirchenvertreter »verglich ihn mit einem Propheten, der dem konservativen Christentum wieder seinen rechtmäßigen Platz im Zentrum des amerikanischen Lebens verschaffen würde« (Coppins 2018).

Es dauerte nicht lange, bis sich diese Einstellungen auch praktisch auswirkten. An seinem ersten Tag im Amt setzte Trump die globale *Gag Rule* (»Maulkorbregelung«) wieder ein. Gemäß dieser Regelung, die ursprünglich aus der Ära Reagan stammt, wird einer internationalen Nichtregierungsorganisation (NGO) die finanzielle Unterstützung gestrichen, wenn sie Schwangerschaftsabbrüche vornimmt oder auch nur Frauen zum Thema Schwangerschaftsabbruch berät (Graves 2017; Grossman 2017). Mitarbeitende des Außenministeriums wurden angewiesen, »in einem globalen Menschenrechtsbericht, der historisch immer wieder Frauenrechte, Familienplanung und Schwangerschaftsabbruch thematisiert hatte, zurückhaltendere Formu-

lierungen zu verwenden« (Posner 2020: 180). Von allen Seiten geriet das Recht auf Schwangerschaftsabbruch unter Beschuss. Viele dieser Bemühungen konzentrierten sich darauf, Planned Parenthood die Mittel zu streichen. Diese Organisation bietet seit über 100 Jahren kostengünstige oder kostenfreie reproduktionsmedizinische Dienstleistungen an und wird jährlich von 2,4 Millionen Menschen in den USA in Anspruch genommen. Fast 75 Prozent der Klient_innen leben unterhalb der bundesweiten Armutsgrenze (vgl. Ackley 2011).⁴

Die Infragestellung reproduktiver Rechte von Frauen geschieht jedoch nicht nur auf Bundesebene und sie geht weit über die Torpedierung von Planned Parenthood hinaus. Die Initiativen der Regierung Trump, das Abtreibungsrecht zu verschärfen, haben auch die gesetzgebenden Organe in einigen Bundesstaaten auf den Plan gerufen (vgl. Grossman 2017). Allein im Jahr 2019 führten über 30 Bundesstaaten Gesetze ein, die das Recht auf Schwangerschaftsabbruch widerriefen oder einschränkten, einschließlich eines Verbots nahezu aller Schwangerschaftsabbrüche in Alabama und sogenannter *Heartbeat Bills* in verschiedenen anderen Bundesstaaten, die ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen nach der Erkennung fötaler Herztöne (üblicherweise um die sechste Schwangerschaftswoche herum) vorsehen (vgl. Lai 2019; Shaw/Duford 2019). Über die Hälfte dieser Gesetze sind bereits verabschiedet; andere wurden vorläufig gerichtlich gestoppt oder es laufen Gerichtsverfahren gegen sie. Einige Bundesstaaten haben bewusst Abtreibungsverbote oder -einschränkungen verabschiedet, von denen sie wissen, dass sie Bundesgesetze verletzen und nicht mit dem Grundsatzurteil *Roe v. Wade* des Obersten Gerichtshofs (1973) in Einklang stehen. Ihr Ziel ist, die Fälle vor den Obersten Gerichtshof zu bringen, da viele bundesstaatliche Gesetzgeber glauben, dass der Oberste Gerichtshof nach Trumps Richterernennungen und anderen Veränderungen eher geneigt ist, das bundesgesetzliche Recht auf Schwangerschaftsabbruch einzuschränken.

Der Tod der Verfassungsrichterin Ruth Bader Ginsburg im September 2020 und die nur einen Monat später folgende Berufung der konservativen Richterin Amy Coney Barrett an den Obersten Gerichtshof in

⁴ Weitere Informationen über Planned Parenthood und die angebotenen Leistungen unter <https://www.plannedparenthood.org/about-us/facts-figures> (aufgerufen am 24.8.2020).

einem übereilten Verfahren, das allein darauf abzielte, die Ernennung vor der Wahl im November 2020 abzuschließen, hat diese Gefahr noch einmal erheblich verschärft. Pro-Life-Organisationen begrüßten Coney Barretts Ernennung, da es mit ihrer Stimme nun möglich sein könnte, das Grundsatzurteil *Roe v. Wade* zu kippen, sollte der Fall vor dem Obersten Gerichtshof neu verhandelt werden (vgl. Liptak 2020a). Dass dies geschieht, ist durchaus denkbar. Insgesamt ist derzeit in neun Bundesstaaten das Recht auf Schwangerschaftsabbruch auf eine nicht verfassungsgemäße Weise eingeschränkt. Die Gesetze sind zurzeit gerichtlich außer Kraft gesetzt, würden aber nach einer Revision von *Roe v. Wade* wieder wirksam. Sieben weitere Bundesstaaten haben Gesetze verabschiedet, die vorsehen, nach einer Revision von *Roe v. Wade* das Recht auf Schwangerschaftsabbruch maximal einzuschränken (vgl. Guttmacher Institute 2020).

Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und selbst zu Präventivmaßnahmen in Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, ist Frauen unter der Regierung Trump damit bereits erheblich erschwert worden. Aber auch bei der Verhütung von Schwangerschaften werden Frauen neue Steine in den Weg gelegt: Arbeitgeber_innen und Krankenversicherungen dürfen mittlerweile die Erstattung von Verhütungsmitteln aus religiösen oder moralischen Gründen verweigern.⁵ Seit 2012 sieht das Gesetz über bezahlbare Gesundheitsversorgung (Affordable Care Act, ACA) vor, dass private Versicherungsträger Frauen Verhütungsmittel kostenfrei zur Verfügung stellen müssen. Es sieht lediglich zwei Ausnahmen vor: für Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Versicherungspläne, die vor dem Inkrafttreten des ACA im März 2010 Bestand hatten. In den vergangenen acht Jahren wurden in zahllosen Gerichtsverhandlungen die Rechte von Frauen auf Erstattung von Verhütungsmitteln immer wieder gegen das Recht von Arbeitgeber_innen ausgespielt, diese Erstattung aus religiösen oder moralischen Gründen abzulehnen. Die Regierung Trump schlug sich auf die Seite der Arbeitgeber_innen und erließ im Oktober 2017 eine neue Verordnung, in der die

Ausnahmeregelungen aufgrund von Religion ausgeweitet wurden (vgl. Behn u. a. 2019; Keith 2020; Sobel u. a. 2018). Nach einem dreijährigen Rechtsstreit bestätigte der Oberste Gerichtshof den Erlass der Regierung Trump im Juli 2020 mit einer Mehrheit von 7 : 2. Nur Richterin Ginsburg und Richterin Sotomayor gaben ein Minderheitenvotum ab (vgl. Liptak 2020b).

Die Auswirkungen auf die Rechte von LGBTQI*- und Transgender-Personen waren nicht minder drastisch. Beginnend mit der Streichung jeglicher Erwähnungen von LGBTQI* auf den Internetseiten des Arbeitsministeriums, des Außenministeriums und des Weißen Hauses schon am Tag der Amtseinführung, hat die Regierung Trump zahllose Maßnahmen ergriffen, Verordnungen erlassen und Richterernennungen vorgenommen, um bestehende Schutzrechte für LGBTQI* einzuschränken. Weniger als zwei Wochen nach Trumps Amtseinführung gelangte ein Entwurf für eine Exekutivanordnung an die Öffentlichkeit, dem zufolge jede Einzelperson oder Organisation das Recht haben würde, Geschäftsbeziehungen mit einer anderen Person aufgrund von Geschlechteridentität, sexueller Identität oder Familienstand zu verweigern sowie Geschäftsbeziehungen mit Personen abzulehnen, die vorehelichen Geschlechtsverkehr gehabt oder einen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen hatten (vgl. Posner 2020: 3). Diese Exekutivanordnung wurde in der Zwischenzeit zwar abgeschwächt und allgemeiner formuliert, aber in der Folge drehten mehrere Bundesbehörden Schutzrechte für LGBTQI* zurück. So wurde der Schutz von LGBTQI* gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und in Obdachlosenunterkünften abgeschafft; Schulen wurden unter Androhung der Kürzung von Bundesmitteln angewiesen, Transgender-Schüler_innen vom Schulsport auszuschließen, und eine Reihe von Schutzmaßnahmen für Transgender-Personen in Justizvollzugseinrichtungen wurden abgebaut.⁶ Ebenso hat die Regierung Trump die Politik der Regierung Obama widerrufen, nach der offen lebende Transgender-Personen auch im Militär dienen können (vgl. Jackson/Kube 2019).

⁶ Siehe die Dokumentation auf der Internetseite von Transequality: <https://transequality.org/the-discrimination-administration> (aufgerufen am 21.8.2020).

Die Regierung Trump hat weitreichende Maßnahmen ergriffen, um für Millionen von Schwangeren (oder Frauen, die nicht schwanger werden wollen), den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen zu erschweren oder zu beschränken. Ebenso wurde Millionen von LGBTQI*-Patient_innen der Zugang zur Gesundheitsversorgung erschwert und ihr Schutz vor Diskriminierung eingeschränkt (vgl. Franklin/Ginsburg 2019). Die Einschränkung von Rechten und Antidiskriminierungsmaßnahmen ist aber nur ein Teil der geschlechtsspezifischen Effekte der Regierung Trump. Eine ganze Reihe von Mittelkürzungen, Maßnahmen, Beschränkungen und Gesetzesvorhaben haben weitreichende Folgen insbesondere für Frauen und Kinder. Am offensichtlichsten wurde das in der Einwanderungspolitik, die direkte schädliche Auswirkungen auf vulnerable Frauen und Kinder nach sich zieht. Familien wurden und werden immer noch getrennt. Eine Bekanntmachung des Präsidenten vom Juni 2020 bezüglich Beschränkungen für ausländische Arbeitnehmende zielte insbesondere auf Ehepartner_innen und Kinder ab. Familien wurden voneinander getrennt, da es auch mit einem legalen Visum nicht mehr gestattet sein sollte, die eigene Familie nachzuholen. Die Absicht dahinter war, die Zahl freiwilliger Abschiebungen zu erhöhen, da viele ausländische Arbeitnehmende in ihre Heimatländer und zu ihren Familien zurückkehren würden (vgl. Anderson 2020). Es gab aber auch noch weitere, weniger aufmerksamkeitsregende Auswirkungen auf Frauen und Kinder. Man kann die Effekte der verschiedenen Maßnahmen der Regierung Trump in den Bereichen Kinderbetreuung, Lebensmittelmarken/Lebensmittelbeihilfe, Nachhilfe und Sommerschulprogramme kaum überschätzen. Hinzu kommen unter anderem die Kürzung von Mitteln und der Abbau von Schutzmaßnahmen für Opfer von häuslicher Gewalt, sexueller Belästigung und sexueller Gewalt, wobei die Veränderungen auch generationenspezifische Auswirkungen zeigen, die überproportional Frauen und Kinder treffen (vgl. Frothingham/Phadke 2017).

Ein deutliches Beispiel ist das der Elternzeit. Die USA haben „das familienfeindlichste System aller OECD-Länder und sind eines von nur zwei Ländern auf der Erde, in denen es gar keine bezahlte Elternzeit gibt“, schrieb die Soziologin Caitlyn Collins kürzlich in einem vernichtenden Essay für die *Harvard Business Review*, in dem sie die

Erfahrung zweier junger Mütter in Schweden und den USA verglich (Collins 2020). Nach dem Gesetz über die Freistellung von der Erwerbsarbeit aus familiären oder medizinischen Gründen (*Family and Medical Leave Act*) haben Arbeitnehmende in den USA Anspruch auf bis zu zwölf Wochen unbezahlte Freistellung von der Erwerbsarbeit – aber nur unter strengen Bedingungen: Sie müssen seit mindestens einem Jahr bei der/dem betreffenden Arbeitgeber_in beschäftigt sein, im letzten Jahr dort mindestens 1.250 Stunden gearbeitet haben, und der Standort muss mindestens 50 Mitarbeitende vorweisen. Es handelt sich um einen minimalen Schutz, der keinerlei finanzielle Unterstützung bietet. Eltern, die an ihre Arbeitsstelle zurückkehren, müssen oft enorme Summen für die Kinderbetreuung stemmen, und oft stehen junge Eltern vor einem Dilemma: Die Rückkehr an den Arbeitsplatz kann für viele Frauen in den USA teurer sein, als zu Hause zu bleiben.

Die Regierung Trump hat es zu einem gewissen Grad geschafft, Teile der republikanischen Partei für eine bezahlte Elternzeit zu gewinnen. Mindestens teilweise geht das auf den Einfluss von Ivanka Trump zurück. So wurde ein Gesetz unterzeichnet, das Eltern, die für die Bundesregierung arbeiten und beispielsweise Neugeborene oder gerade adoptierte Kinder zu versorgen haben, zwölf Wochen bezahlte Freistellung von der Erwerbsarbeit gewährt. Andere Bemühungen in diesem Bereich (darunter ein mittlerweile ausgelaufenes Pilotprojekt, in dem Unternehmen kleine Steuergutschriften angeboten wurden, wenn sie ihren Arbeitnehmer_innen bezahlte Eltern- oder Familienzeit gewähren würden) haben keine wesentlichen Veränderungen herbeigeführt.⁷ Das neue Gesetz über die erweiterte Unterstützung für berufstätige Familien (*Advanced Support for Working Families Act*) sieht etwa Kredite statt Freistellung bei Gehaltsfortzahlung vor und bietet laut dem *Center on Budget and Policy Priorities* daher „keine finanzielle Nettohilfe für Familien“ (Shabo 2020).

Elternzeit ist jedoch kein Thema, für das sich amerikanische Frauen über einzelne Bundesstaaten oder Regionen hinaus in größerem Umfang mobilisieren lassen. Im Juli 2020 hatten beispielsweise Arbeitnehmer_innen in Washington, D.C. unter dem neuen *Paid Family Leave Program* Anspruch auf bis zu acht Wochen bezahlte

⁷ Ich danke Vicki Shabo, Senior Fellow bei New America, für den inhaltlichen Austausch per E-Mail und die Daten über die Initiativen der Regierung Trump zu bezahltem Urlaub.

Freistellung zur Versorgung eines neugeborenen Kindes oder bis zu sechs Wochen zur Pflege eines kranken Familienmitglieds. Global gesehen kratzen diese Maßnahmen lediglich an der Oberfläche dessen, was Eltern- und Familienzeit leisten soll. Jedoch bleibt die Tatsache, dass das Thema bei nationalen Wahlen nicht als Priorität angesehen wird und Frauen nicht in signifikantem Umfang mobilisiert hat.

Schließlich lohnt es sich festzuhalten, dass die Regierung Trump durch eine nie zuvor da gewesene Anzahl an Richterernennungen auf Bundesebene über Jahrzehnte hinweg politische Weichen stellen wird. Viele Richter_innen sind unter 50 oder gar unter 40 Jahre alt (vgl. Johnson 2020; Reynolds 2020), darunter drei neu ernannte Richter_innen am Obersten Gerichtshof. Das bedeutet, dass die Regierung Trump die Rechtsprechung rund um geschlechtsspezifische und reproduktive Rechte über Generationen hinweg prägen wird.

Gegenbewegungen und (erfolgreiche) Strategien

Die Reaktion auf die rechte Mobilisierung in den USA, einschließlich der Wahl eines populistisch-nationalistischen Kandidaten, kam schnell und war weitreichend. Breite Koalitionen gesellschaftlicher Gruppen taten sich zusammen, um den Protest gegen den neuen Präsidenten auf die Straße zu tragen. Es gab Sitzblockaden auf Flughäfen, um gegen den sogenannten *Muslim Ban* zu protestieren, und es wurde gegen die Trennung von Familien an der Grenze zu Mexiko demonstriert (vgl. Roth 2018). Neue NGOs entstanden, um progressive Kräfte zu bündeln. Eine davon war die Coffee Party, die sich als Antwort auf die Tea Party verstand und sich das Motto »Anstand, Einheit, Integrität« (»*Civility, Unity, Integrity*«) gegeben hatte. Im Sommer 2018 gründete sich die Poor People's Campaign mit dem Ziel, ökonomisch marginalisierte Menschen unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen zusammenzubringen, um Veränderungen einzufordern. Die Organisation beschreibt sich auf ihrer Internetseite als »neuen Organismus aus einzelnen Bewegungen in den Bundesstaaten«, der die Strategie eines gewaltfreien zivilen Ungehorsams verfolgt.⁸ Auch innerhalb der Gewerkschaften (vgl. Feffer 2019)

und in der Klima- und Umweltbewegung (z. B. Extinction Rebellion) formierten sich Koalitionen, die Proteste organisieren, Lobbyarbeit betreiben und direkte Aktionen wie etwa Verkehrsblockaden durchführen.

Black Lives Matter, die Wall of Moms und die Unterstützung durch die Gewerkschaftsbewegung

Frauen und LGBTQI*-Aktivist_innen gingen direkt nach der Wahl auf die Straße, um mit farbenfrohen »*Queer Dances*« und »*Glitter Gay Bomb*«-Partys vor den Wohnhäusern von Offiziellen und Verbündeten der neuen Regierung gegen die Wahl Donald Trumps zu protestieren. Der Protest vor der Wohnung des Vizepräsidenten Mike Pence war wohl der sichtbarste, aber es wurde auch vor den Wohnsitzen von Stephen Miller und Ivanka Trump demonstriert, vor dem Trump Tower in New York sowie jeweils im Vorfeld von Trump-Besuchen oder republikanischen Veranstaltungen in Städten wie Baltimore und Philadelphia. Jeden Tag sah Mike Pence in seiner direkten Nachbarschaft Dutzende Regenbogenflaggen wehen. Der Women's March on Washington (WMW) vom Januar 2017, landläufig als »Women's March« oder »Demonstration der Pink Pussy Hats« bekannt, mobilisierte über vier Millionen Menschen im ganzen Land und wurde damit zur größten Demonstration der US-Geschichte. Weltweit wurden ähnliche Proteste veranstaltet. Festzuhalten ist, dass der Women's March on Washington einerseits als Erfolg galt, weil er viele Menschen zum ersten Mal auf die Straße brachte, andererseits aber für mangelnde Inklusivität und Diversität im Team der Organisatorinnen kritisiert wurde. Zudem hatten sich die weißen Organisatorinnen mit dem ursprünglichen Titel des Protests (»Million Women March«) bei früheren Demonstrationen bedient, die von Schwarzen angeführt worden waren (vgl. Traister 2017). Ein nicht zu unterschätzender Faktor bei der Mobilisierung war der zeitliche Zusammenhang dieser Welle des Engagements von Frauen mit der landesweiten Protestwelle gegen sexuelle Belästigung unter dem Hashtag #metoo und der Wut vieler Frauen (und Männer) als Reaktion auf immer mehr Fälle von ungehinderter Belästigung und nicht geahndeten sexuellen Übergriffen durch prominente Männer in allen möglichen gesellschaftlichen Sektoren.

Die Basisbewegung Black Lives Matter (BLM) hat sich nicht direkt in Reaktion auf die rechte Mobilisierung der jüngeren Zeit formiert, sondern als Antwort auf eine jahrzehntelange Geschichte von strukturellem Rassismus, fortwährendem weißen Suprematismus und Polizeigewalt gegen Schwarze Amerikaner_innen. Gegründet wurde die Bewegung nach dem Freispruch des Mannes, der Trayvon Martin erschossen hatte – einen 17-jährigen Schwarzen Jungen, der Kaudragees essend durch die geschlossene Wohnanlage seiner Verwandten in Florida ging und dabei von einem Freiwilligen der Nachbarschaftswache namens George Zimmerman erschossen wurde (vgl. Botelho 2012). Zimmerman berief sich auf das Recht der Selbstverteidigung und wurde daraufhin vor Gericht freigesprochen. Es dauerte jedoch sieben Jahre, bis zum Tod von George Floyd im Sommer 2020, bevor BLM mit nach wie vor andauernden Protesten Tausender meist junger Menschen tatsächlich im Mainstream ankam.

Obwohl die BLM-Bewegung auf die Initiative dreier Schwarzer Frauen zurückgeht, standen bei den Protesten zunächst die Erfahrungen Schwarzer Männer und Jungen im Vordergrund. Die Namen Schwarzer Frauen und Mädchen, die von Polizisten getötet wurden, erlangten nicht den Bekanntheitsgrad wie die Namen Tamir Rice, Michael Brown, Trayvon Martin, Philando Castile und Eric Garner, die letztlich »unser Verständnis davon formten, was Polizeigewalt ist, wo sie auftritt und wie ihr zu begegnen ist« (Chatelain/Asoka 2015: 54; vgl. Kelly/Glenn 2020). Im Laufe der Zeit haben jedoch Debatten innerhalb der BLM-Bewegung dazu geführt, dass die Aufmerksamkeit nun auch auf Polizeigewalt gegen Schwarze Frauen und andere Gruppen gelenkt wird – darunter in Armut lebende oder ältere Menschen sowie LGBTQI*. Im Jahr 2014 rief das von Kimberlé Crenshaw gegründete African American Policy Forum die Initiative »Say Her Name« ins Leben. Als Teil der BLM-Bewegung zielt diese Initiative darauf ab, Schwarzen Frauen in der landesweiten Debatte über Polizeireform und *Racial Justice* mehr Sichtbarkeit zu verschaffen (vgl. Kelly/Glenn 2020).

Die Proteste, die 2020 ausbrachen, nachdem George Floyd in Minneapolis von einem Polizeibeamten getötet worden war, hatten eine neue Größenordnung erreicht. Sie brachten eine ethnisch diversere Gemeinschaft von Demonstrierenden auf die Straße als alle Proteste zuvor

und führten zu einer landesweiten Debatte über interethnische Beziehungen und strukturellen Rassismus. Die Bürgermeisterin von Washington, D. C. ließ den Slogan »Black Lives Matter« in riesigen Lettern auf die Zufahrtsstraße zum Weißen Haus malen und den Platz davor in Black Lives Matter Plaza umbenennen. Wandgemälde und Graffitis folgten im ganzen Land. In Städten wie Portland, Washington, D. C. und Seattle erstreckten sich Dauerproteste bis in den Herbst. In Portland organisierte eine Gruppe vorwiegend weißer Mütter aus den Mittelschicht-Wohnbezirken die Wall of Moms, die in Absprache mit einer von Schwarzen organisierten NGO namens Don't Shoot Portland dabei half, lokale Demonstrationen auf die Beine zu stellen. Hunderte Mütter in gelben T-Shirts erschienen zu den Protesten, sangen Wiegenlieder und fungierten als »Mauer im wahrsten Sinne des Wortes«, wie die Gründerin der Initiative, Bev Barnum, es in einem Interview ausdrückte. Ende Juli 2020 hatte die Gruppe 30 000 Follower_innen auf Twitter und weitere 14 000 auf Facebook und Instagram. Barnum, die angibt, nie vorher politisch aktiv gewesen zu sein, verglich die Polizeibeamt_innen mit Kindern, die andere schikanieren: »Auf dem Spielplatz sieht eine Mutter sofort, wer der Mobber ist.« Die lokalen Proteste hätten sie aktiviert. »Wenn es so etwas wie die Ur-Wut einer Mutter gibt, dann habe ich sie da verspürt. Es hat mich wachgerüttelt« (Ann/Barnum 2020).

Am 20.7.2020 schlossen sich Gewerkschaftsmitglieder im ganzen Land einem Strike for Black Lives an, den die Dienstleistungsgewerkschaft SEIU ausgerufen hatte. Die Gewerkschaften demonstrierten zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehreren Wochen. Ein herausragendes Beispiel war die Weigerung von Busfahrer_innen in Minneapolis zu Beginn der Proteste im Mai 2020, Demonstrierende mit städtischen Bussen ins Gefängnis zu fahren. Adam Bruch, Busfahrer aus Minneapolis, erklärte dazu auf Facebook: »Als Mitarbeiter des ÖPNV und Gewerkschaftsmitglied weigere ich mich, Menschen meiner Klasse oder radikale Jugendliche ins Gefängnis zu fahren. Wer einen von uns angreift, greift uns alle an« (Moattar 2020). Der Strike for Black Lives fand bald auch die Unterstützung zahlreicher anderer Gewerkschaften und Koalitionen, einschließlich der American Federation of Teachers, der International Brotherhood of Teamsters, der United Farm Workers, der United Food and Commercial Workers, der Amal-

⁸ Vgl. den Internetauftritt der Poor People's Campaign unter <https://www.poorpeoplescampaign.org/about/> (aufgerufen am 29.11.2020).

gamated Transit Union, der Coalition of Black Trade Unionists und der National Domestic Workers Alliance.⁹

Demokratische Mobilisierung und die Kampagne »She Should Run«

Auch etablierte progressive Organisationen mobilisierten sich als Reaktion auf das Erstarken des Rechtspopulismus in den USA – insbesondere nach der Wahl Donald Trumps. Gruppierungen wie die National Organization for Women riefen Kampagnen zur Mobilisierung von Wählerinnen ins Leben.¹⁰ Es entstanden parteiübergreifende Initiativen wie She Should Run, um »die Zahl der Frauen, die den Schritt in die Politik erwägen, drastisch zu erhöhen«.¹¹ Selbst im Kinderspielzeug schlug sich die veränderte Stimmung nieder: 2020 lancierte Mattel eine neue Linie ethnisch diverser Barbiepuppen zu politischen Themen, darunter eine Kandidatin für ein politisches Amt, eine Wahlkampfmanagerin, eine Fundraiserin und eine Wählerin (vgl. Shamo 2020). Die Mobilisierung von Wählerinnen brachte schon zu den Wahlen 2018 erste Erfolge: 235 Frauen zogen in das Repräsentantenhaus ein und 22 in den Senat – eine Zahl, die nie zuvor erreicht worden war. Auch bei nichtweißen Frauen waren erhebliche Anstiege zu verzeichnen. Bei den Wahlen 2018 zogen erstmals weibliche Nachkommen der amerikanischen Ureinwohner_innen und Muslimas in den Kongress ein; zudem wurde in New Mexico die erste nichtweiße Demokratin ins Amt der Gouverneurin gewählt. Zu den Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl im Jahr 2019 kandidierten mit insgesamt sechs Frauen so viele wie nie zuvor, und mit Kamala Harris wurde erstmals in der Geschichte eine nichtweiße Frau als Kandidatin für das Vizepräsidentenamt nominiert. Harris ist nach Geraldine Ferraro und Sarah Palin erst die dritte Frau, die für diesen Posten nominiert wurde. Rechnet man die Präsidentschaftskandidatur von Hillary Clinton hinzu, ist sie die vierte Frau, die im Rahmen einer Präsidentschaftswahl von einer der beiden großen Parteien ins Rennen geschickt worden ist.¹²

⁹ Mehr zum Strike for Black Lives unter <https://j20strikeforblacklives.org/about/> (aufgerufen am 29.11.2020).

¹⁰ Mehr über die National Organization for Women und die Mobilisierung von Wähler_innen unter <https://now.org/now-foundation/voter-mobilization/> (aufgerufen am 29.11.2020).

¹¹ Mehr über die Kampagne »She Should Run« unter <https://www.sheshouldrun.org/what-we-do/> (aufgerufen am 29.11.2020).

¹² Vgl. die Wahlstatistiken des Center for American Women and Politics, Rutgers Eagleton Institute of Politics unter <https://cawp.rutgers.edu/facts/milestones-for-women> (aufgerufen am 29.11.2020).

Nicht alle diese Erfolge gehen auf die traditionelle demokratische Parteienmobilisierung zurück. Viele Errungenschaften sind dem geschuldet, was in den Medien bereits als »immer mächtiger werdender progressiver Wahlkampfapparat« bezeichnet worden ist. Hierzu gehören Gruppen wie das Progressive Change Campaign Committee, die Justice Democrats sowie die Bündnisse Our Revolution und Indivisible, die immer stärker auf eine progressive Ausrichtung der Demokratischen Partei drängen. Ein Fokus liegt dabei auf Themen rund um bezahlbare und garantierte Gesundheitsversorgung, ein besseres Netz der sozialen Sicherung und die Möglichkeit zum Universitätsstudium ohne Kreditaufnahme. Damit setzen sich diese Bewegungen für eine progressivere Sozialpolitik ein, aber sie gehen auch neue Wege in der Mobilisierung für progressive Anliegen. Die Indivisible-Bewegung etwa formierte sich, nachdem drei ehemalige Mitarbeiter_innen der Demokratischen Partei eine Handreichung mit dem Titel *The Indivisible Guide* veröffentlicht hatten. Sie enthält Handlungsmöglichkeiten für lokale Organisationen und Lobbyarbeit sowie Vorschläge, wie politischer Druck auf Kongressabgeordnete ausgeübt werden kann. Die Bewegung hat sich dabei »bei Taktiken der Tea Party bedient«, um Unterstützung an der Basis zu mobilisieren (Roth 2018: 501). Justice Democrats ist ein bundesweit agierendes Wahlkampf-Unterstützungskomitee (Political Action Committee, PAC), das Spenden einwirbt, um progressive Kandidat_innen zu schulen und zu unterstützen, die sich in Vorwahlen gegen »demokratische Amtsinhaber_innen zur Wahl stellen, die den Kontakt zur Basis verloren haben«. Durch diese Aktionen soll »die Partei am Engagement für ihre eigenen Themen« gemessen werden.¹³ Es ist noch zu früh, um abzuschätzen, wie effektiv sich diese neuen Initiativen tatsächlich politisch auswirken werden. Einige Ergebnisse von Vorwahlen, bei denen sich progressive Kandidat_innen gegen langjährige demokratische Amtsinhaber_innen durchgesetzt haben (darunter zwei so bekannte Figuren wie Alexandria Ocasio-Cortez und Ayanna Pressley), legen jedoch nahe, dass die Strategie erfolgreich neue Kandidat_innen in den Kongress bringen kann, die eine progressive Politik unterstützen (vgl. Rakich/Conroy 2020).

¹³ Mehr Informationen hierzu im Abschnitt »What We Do« der Internetseite der Justice Democrats: <https://justicedemocrats.com/about/> (aufgerufen am 29.11.2020).

Juristische Schritte: Privatklagen und Verteidigung von Bürgerrechten

Zum progressiven Widerstand gegen die rechte Mobilisierung der vergangenen Jahre gehört auch eine ganze Reihe juristischer Schritte. Dazu zählen die erwähnten gerichtlichen Blockaden bundesstaatlicher Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch sowie die wegweisende Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom Juni 2020, nach der LGBTQI*-Mitarbeiter_innen am Arbeitsplatz vor Diskriminierung zu schützen sind. Gemäß dieser historischen Entscheidung fallen schwule, lesbische und Transgender-Arbeitnehmer_innen unter das Bürgerrechtsgesetz von 1964, was als »enormer Sieg für die LGBTQI*-Community und große Niederlage für die Regierung Trump« gewertet wurde, die sich auf die Arbeitgeberseite geschlagen hatte (Totenberg 2020).

Auch in anderen Bereichen spielen Klagen, gerichtliche Anordnungen, einstweilige Verfügungen und andere juristische Instrumente eine wichtige Rolle. Regelmäßig kommen sie bei Gegenprotesten und der Mobilisierung gegen Rechtspopulismus zum Einsatz, einschließlich der Verhinderung von Abschiebungen und bei Klagen gegen Eingriffe in die Reproduktionsfreiheit auf bundesstaatlicher Ebene. Nicht alle Initiativen waren erfolgreich: 2018 etwa befand der Oberste Gerichtshof das dritte Einreiseverbot für Muslim_innen der Regierung Trump für verfassungskonform.¹⁴ Ein weiteres Beispiel ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 2020, die weiter oben beschriebene Ausdehnung der Ausnahmeregelung aus religiösen Gründen bei der Erstattung von Verhütungsmitteln in arbeitgeberfinanzierten Krankenversicherungsplänen durch die Regierung Trump aufrechtzuerhalten. Bei der regelmäßigen Nutzung des Rechtswegs, um politische Reformen einzuklagen und gegen rechtspopulistische, nationalistische und rassistische Politik zu protestieren, handelt es sich jedoch um eine Taktik, die immer mehr zur Anwendung kommt. Dies zeigen auch jüngere Fälle von Klagen vor Bundesgerichten gegen Polizeibeamt_innen durch Protestierende in Seattle (vgl. Johnson/Phillips 2020).

¹⁴ Vgl. die Zeitachse auf der Internetseite der ACLU Washington: <https://aclu-wa.org/pages/timeline-muslim-ban> (aufgerufen am 29.11.2020).

Die Wahlen im November 2020

Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Kapitels sind die Präsidentschaftswahlen 2020 in den USA nur wenige Wochen her. Die demokratischen Kandidat_innen Joe Biden und Kamala Harris haben eine signifikante Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können und werden voraussichtlich auch die erforderlichen 270 Stimmen von Wahlleuten erhalten. Das Team Biden – Harris hat sich zum Wahlsieger erklärt, ein Übergangsteam gebildet und mit der Vorbereitung einer neuen Regierung im Vorfeld der Amtseinführung begonnen. Allerdings hat Präsident Trump seine Niederlage noch nicht eingeräumt. Nach wie vor bestreitet er die Wahlergebnisse mehrerer Staaten und fordert Neuauszählungen; unterstützt von anderen republikanischen Politiker_innen verbreitet er Falschinformationen zu einem angeblichen Wahlbetrug in großem Stil. Es ist eine gesellschaftlich wie politisch unsichere Zeit und es ist wahrscheinlich, dass es zu Gerichtsverfahren und scharfen politischen Konfrontationen kommen wird. Die folgenden Bemerkungen gründen sich auf einige frühe Beobachtungen während dieser Zeit.

Ein wesentliches Thema sind die ersten Berichte über die demografische Verteilung des Wahlverhaltens, die sich auf Umfragen am Wahltag stützen. Es ist deutlich geworden, dass diese Wahl erstaunlich viele Menschen mobilisiert hat. Die Wahlbeteiligung lag auf einem Niveau, das seit 120 Jahren nicht mehr erreicht worden war – und dies während einer Pandemie. Von allen Präsidentschaftskandidat_innen der Geschichte hat Joe Biden bei dieser Wahl die meisten, Präsident Trump die zweitmeisten Stimmen von Wähler_innen erhalten. Bidens Vorsprung vor Trump ist mit mehreren Millionen der insgesamt abgegebenen Stimmen deutlich, aber immer noch eng genug, dass man von einem tief gespaltenen Land sprechen muss. Nach wie vor genießt Präsident Trump die unglaubliche Unterstützung von über 70 Millionen Amerikaner_innen. Umfragen am Wahltag haben ergeben, dass die Wähler_innen der beiden Lager in fast allen Fragen diametral entgegengesetzte Ansichten vertreten – von der Beurteilung der Covid-19-Pandemie über die Bedeutung der Bekämpfung von Rassismus bis hin zum Klimawandel. Wie das Pew Research Center in seinem ersten Bericht über die Wahl schrieb, ist klar, dass die USA jetzt aus »zwei breiten Bündnissen aus Wähler_innen

bestehen, die tiefes Misstrauen gegeneinander hegen und sich grundsätzlich uneinig darüber sind, welche Politik das Land machen soll, ja, sogar welche Probleme es im Moment hat«. Nur etwa 20 Prozent aller Wähler_innen glauben, dass sie die gleichen grundlegenden amerikanischen Werte und Ziele vertreten wie die Wähler_innen der anderen Seite (vgl. Deane/Gramlich 2020). Anders gesagt: Das Land wird auf Jahre hinaus gespalten bleiben. Die neue Regierung wird mit einem beträchtlichen Widerstand von Wähler_innen konfrontiert sein, die im besten Fall glauben, dass sie bedroht sind, und im schlimmsten, dass sie um den Wahlsieg betrogen wurden.

Erste Erkenntnisse zur demografischen Verteilung im Wahlverhalten sind ebenfalls aufschlussreich – insbesondere was das Thema dieses Kapitels betrifft. Umfragen am Wahltag haben ergeben, dass Trump erneut auf die stabile Unterstützung evangelikaler Christ_innen bauen konnte und dass er seine Unterstützung unter ethnischen Minderheiten sogar ausbauen konnte: bei Schwarzen Amerikaner_innen von acht auf 12 Prozent, bei Amerikaner_innen asiatischer Herkunft von 27 auf 31 Prozent und bei Amerikaner_innen lateinamerikanischer Herkunft von 28 auf 32 Prozent. Unter weißen Wähler_innen siegte Trump in jeder Altersgruppe. Weiße Frauen, die für dieses Kapitel von besonderer Relevanz sind, haben Trump 2020 ebenfalls stärker unterstützt als 2016: Von ihnen stimmten 55 Prozent für ihn, verglichen mit 44 Prozent der Frauen insgesamt (vgl. Lawless/Freedman 2020). Das heißt, dass Donald Trump für fast die Hälfte der amerikanischen Frauen insgesamt und für über die Hälfte der weißen Frauen nach wie vor der Kandidat ihrer Wahl ist – und das wahrscheinlich aus ähnlichen Gründen wie denen, die in diesem Kapitel bereits erläutert wurden. Dass die Regierung Trump reproduktive und geschlechtsbezogene Rechte massiv unter Beschuss genommen hat, scheint das Wahlverhalten der Frauen im Jahr 2020 nicht im Geringsten beeinflusst zu haben.

Schlussfolgerung

Die Geschlechterdimension rechter Mobilisierung in den USA weist viele Facetten auf. Einerseits hat die Unterstützung von Frauen für die politische Mobilisierung der Rechten neben einem populistischen und christlichen Nationalismus bei der Wahl Donald Trumps im Jahr 2016 eine erhebliche Rolle gespielt. Dass sowohl 2016 als auch 2020 eine Mehrheit der weißen Frauen Trump gewählt hat, verwirrte zahlreiche Beobachter_innen: Aus welcher Motivation handelten die Frauen? Wie rationalisierten sie ihr Engagement für einen Kandidaten, dessen sexistisches und frauenfeindliches Verhalten, hypermaskuline Performativität und antifeministische politische Versprechen doch deutlich auf der Hand lagen? Wie in diesem Kapitel dargelegt, gründet sich die Unterstützung weißer Frauen für Donald Trump teilweise auf den Wunsch, eigene Privilegien zu schützen und einen Status quo zu wahren, der ihnen Vorteile verschafft. Für weiße evangelikale Frauen, die von der Wahrnehmung einer Bedrohung des moralischen und nationalen Niedergangs im Lichte beschleunigter gesellschaftlicher, kultureller und demografischer Veränderungen getrieben sind, hat Trump Versprechen eingelöst, die ihnen wichtig sind: Er hat konservative Richter_innen ernannt, die Chancen auf Einschränkungen von Rechten auf Schwangerschaftsabbruch auf Bundesebene erhöht und Schutzmaßnahmen für Transgender- und LGBTQI*-Personen abgebaut. Was Progressive als schmerzlichen Verlust von Rechten empfanden, galt Trump-Unterstützer_innen als großer Erfolg. Diesen haben weiße Frauen an den Wahlurnen belohnt.

Gleichzeitig haben Frauen auch im progressiven Kampf gegen den Aufstieg des rechten Spektrums eine stärkere Führungsrolle übernommen. Immer mehr Frauen bewarben sich um politische Ämter und mobilisierten landesweit für Demonstrationen; zahlreiche von ihnen riefen Initiativen ins Leben, die das Ergebnis der Wahl 2020 beeinflussten. Eine von ihnen ist Stacey Abrams, eine Schwarze Kandidatin, die 2018 bei den Gouverneurswahlen in Georgia nur knapp unterlegen war. Vorwürfe, dass die Stimmen insbesondere Schwarzer Wähler_innen im Vorfeld der Wahlen unterdrückt worden waren, hatten Abrams auf die Idee gebracht, eine groß angelegte Kampagne zur Registrierung Schwarzer Wähler_innen zu starten. Die von

ihr gegründete Organisation Fair Fight gilt als maßgeblich verantwortlich für die Registrierung von 800 000 neuen Wähler_innen in Georgia über die letzten zwei Jahre, was den Weg für einen demokratischen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2020 bereitete (vgl. Griffith 2020). Natürlich bedeutet das Ergebnis der Wahl 2020 auch, dass die USA jetzt eine Schwarze Frau als designierte Vizepräsidentin haben: Kamala Harris, Tochter von Einwander_innen aus Indien und Jamaica.

Die Geschichte der Wahlen 2016 und 2020 hat gezeigt, wie gespalten US-amerikanische Frauen in politischen Fragen sind. Das gilt sogar für die Themen, die vorrangig Frauen betreffen – wie etwa geschlechtsbezogene und reproduktive Rechte oder die Einführung von Eltern- und Familienzeit. In dieser Hinsicht sind die Frauen in den USA so tief gespalten wie das ganze Land: Es stehen sich zwei sehr unterschiedliche Gruppen von Wählenden mit jeweils erheblicher Macht gegenüber, deren politische Positionen, Meinungen, Ängste und Sorgen nur sehr wenig miteinander gemein haben.

Da eine mehrheitsentscheidende Stichwahl in Georgia auf den 5.1.2021 terminiert ist, steht zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Kapitels die künftige Ausrichtung des Senats noch nicht fest. Aus diesem Grund ist derzeit schwer abzuschätzen, wie effektiv Joe Biden als Präsident seine Gesetzesvorhaben umsetzen können (vgl. Kapur 2020) oder welche Veränderungen sich im Land durchsetzen lassen werden. Wenn jedoch eines im Moment klar ist, dann dies: Die Kluft, die die USA in Geschlechterfragen durchzieht, ist nur ein Teil einer komplizierten Geschichte einer auch in anderen Fragen polarisierten und gespaltenen Nation. Die Wahlen 2020 haben überaus deutlich gezeigt, dass die Zukunft entscheidend davon abhängen wird, dass es gelingt, diese Spaltungen zu überwinden.

LITERATUR

- Ackley, Kate (2011):** Planned Parenthood Dramatically Ups Lobby Tab, in: *Roll Call* (21.4.2011); <https://www.rollcall.com/2011/04/21/planned-parenthood-dramatically-ups-lobby-tab/> (aufgerufen am 5.11.2020).
- Anderson, Stuart (2020):** Trump's Immigration Order Targeted Women and Children, in: *Forbes* (6.7.2020); <https://www.forbes.com/sites/stuartanderson/2020/07/06/trumps-immigration-order-targeted-women-and-children/#281a00235c1b> (aufgerufen am 21.8.2020).
- Ann, Kimberly; Barnum, Bev (2020):** Interview With Bev Barnum: »Wall of Moms« Organizer on the Political Power of Maternal Rage, in: *Left Voice* (23.7.2020); <https://www.leftvoice.org/interview-with-bev-barnum-wall-of-moms-organizer-on-the-political-power-of-maternal-rage> (aufgerufen am 31.8.2020).
- Behn, Marya; Pace, Lydia; Ku, Leighton (2019):** The Trump Administration's Final Regulations Limit Insurance Coverage of Contraception, in: *Women's Health Issues* 29-2: 103–106.
- Berezin, Mabel (2019):** Populism and Fascism: Are they useful categories for comparative sociological analysis?, in: *Annual Review of Sociology* 45: 345–361.
- Bonikowski, Bart (2017):** Ethno-nationalist populism and the mobilization of collective resentment, in: *The British Journal of Sociology* 68 (51).
- Botelho, Greg (2012):** What happened the night Trayvon Martin died?, in: *CNN.com* (23.5.2012); <https://www.cnn.com/2012/05/18/justice/florida-teen-shooting-details/index.html> (aufgerufen am 31.8.2020).
- Brubaker, Rogers (2017):** Why Populism?, in: *Theory and Society* 46: 357–385.
- Canovan, Margaret (1999):** Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy, in: *Political Studies* 47(1): 2–16.
- Cassese, Erin C.; Barnes, Tiffany D. (2019):** Reconciling Sexism and Women's Support for Republican Candidates: A Look at Gender, Class, and Whiteness in the 2012 and 2016 Presidential Races, in: *Political Behavior* 41: 677–700.
- Chakelian, Anoosh (2016):** Mike Pence as Donald Trump's Vice President is bad news for social liberals, in: *New Statesman* (14.11.2016); <http://www.newstatesman.com/politics/staggers/2016/11/mike-pence-donald-trump-s-vice-president-bad-news-social-liberals> (aufgerufen am 30.11.2020).
- Chatelain, Marcia; Asoka, Kaavya (2015):** Women and Black Lives Matter, in: *Dissent* 63(3): 54–61.
- Cillizza, Chris (2019):** The Day the Tea Party Died, in: *CNN* (23.7.2019); <https://www.cnn.com/2019/07/23/politics/debt-deal-budget-ceiling/index.html> (aufgerufen am 30.9.2020).
- Collins, Caitlyn (2020):** Two New Moms Return to Work – One in Seattle, One in Stockholm, in: *Harvard Business Review* (3.3.2020); <https://hbr.org/2020/03/two-new-moms-return-to-work-one-in-seattle-one-in-stockholm> (aufgerufen am 29.9.2020).
- Collins, Patricia Hill (2002):** *Black feminist thought: Knowledge, consciousness, and the politics of empowerment*. Boston: Unwin Hyman.
- Coppins, McKay (2018):** God's Plan for Mike Pence, in: *The Atlantic*, Januar/Februar 2019; <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2018/01/gods-plan-for-mike-pence/546569/> (aufgerufen am 24.8.2020).
- Crenshaw, Kimberly (1989):** Demarginalizing the intersection of race and sex: A black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics, in: *University of Chicago Legal Forum* 1(8): 139–167.
- Darby, Seyward (2020):** *Sisters in Hate: American Women on the Front Lines of White Nationalism*. New York: Little, Brown and Company.
- Deane, Claudia; Gramlich, John (2020):** 2020 Election Reveals Two Broad Voting Coalitions Fundamentally at Odds, in: *Pew Research Center* (6.11.2020); <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2020/11/06/2020-election-reveals-two-broad-voting-coalitions-fundamentally-at-odds/> (aufgerufen am 2.12.2020).
- Deckman, Melissa (2016):** *Tea Party Women: Mama Grizzlies, Grassroots Leaders, and the Changing Face of the American Right*. New York: NYU Press.
- Diamond, Jeremy (2016):** Trump reverses statement on women and abortion after outcry, in: *CNN* (31.3.2016); <https://www.cnn.com/2016/03/30/politics/donald-trump-abortion-town-hall/index.html> (aufgerufen am 22.8.2020).
- Du Mez, Kristin Kobes (2020):** *Jesus and John Wayne: How White Evangelicals Corrupted a Faith and Fractured a Nation*. New York: Norton.
- Feffer, John (2019):** The Battle for another World: The Progressive Response to the New Right. Veröffentlichung des Institute for Policy Studies in Zu-

- sammenarbeit mit Focus on the Global South, Transnational Institute und Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dezember 2019; <https://ips-dc.org/wp-content/uploads/2019/12/The-Battle-for-Another-World-report.pdf> (aufgerufen am 28.8.2020).
- Filipovic, Jill (2017):** Ivanka Trump's Dangerous Fake Feminism, in: *The New York Times* (13.1.2017); <https://www.nytimes.com/2017/01/13/opinion/sunday/ivanka-trumps-dangerous-fake-feminism.html> (aufgerufen am 20.9.2020).
- Franklin, Sarah; Ginsburg, Faye (2019):** Reproductive Politics in the Age of Trump and Brexit, in: *Cultural Anthropology* 34(1): 3–9.
- Frothingham, Sunny; Phadke, Shilpa (2017):** 100 Days, 100 Ways the Trump Administration is Harming Women and Families, in: *Center for American Progress* (25.4.2017); <https://www.americanprogress.org/issues/women/reports/2017/04/25/430969/100-days-100-ways-trump-administration-harming-women-families/> (aufgerufen am 21.8.2020).
- Girard, Françoise (2017):** Implications of the Trump Administration for sexual and reproductive rights globally, in: *Reproductive Health Matters* 25(49): 6–13, DOI: 10.1080/09688080.2017.1301028 (aufgerufen am 2.12.2020).
- Glick, Peter (2019):** Gender, Sexism, and the Election: Did Sexism Help Trump More than it Hurt Clinton?, in: *Politics, Groups and Identities* 7(3): 713–723.
- Gorski, Philip (2017):** Why evangelicals voted for Trump: A critical cultural sociology, in: *American Journal of Cultural Sociology*.
- Graves, Lucia (2017):** Trump once said women should be punished for abortion. Now, he's making it happen, in: *The Guardian* (24.1.2017); <https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/jan/24/trump-once-said-women-should-be-punished-for-abortion-t> (aufgerufen am 22.8.2020).
- Grenell, Alexis (2018):** White Women, Come Get Your People, in: *The New York Times* (6.10.2018); <https://www.nytimes.com/2018/10/06/opinion/lisa-murkowski-susan-collins-kavanaugh.html> (aufgerufen am 25.8.2020).
- Griffith, Janelle (2020):** Credited with boosting Democrats in Georgia, Stacey Abrams looks to January, in: *NBC News* (11.11.2020); <https://www.nbcnews.com/news/us-news/credited-boosting-democrats-georgia-stacey-abrams-looks-january-n1247281> (aufgerufen am 2.12.2020).
- Grossman, Daniel (2017):** Sexual and reproductive health under the Trump presidency: policy change threatens women in the USA and worldwide, in: *Journal of Family Planning and Reproductive Health Care* 43: 89–91.
- Guttmacher Institute (2020):** Abortion Policy in the Absence of Roe. Bericht über einzelstaatliche Gesetze und Maßnahmen, Stand 1.8.2020; <https://www.guttmacher.org/state-policy/explore/abortion-policy-absence-roe> (aufgerufen am 24.8.2020).
- Hosie, Duncan (2019):** What is »Gender Ideology«? And why are so many anti-LGBTQ activists obsessed with it?, in: *Slate* (22.3.2019); <https://slate.com/human-interest/2019/03/gender-ideology-trump-bolsonaro-lgbtq.html> (aufgerufen am 20.8.2020).
- Jackson, Hallie; Kube, Courtney (2019):** Trump's Controversial Transgender Military Policy Goes Into Effect, in: *NBC News* (12.4.2019); <https://www.nbcnews.com/feature/nbc-out/trump-s-controversial-transgender-military-policy-goes-effect-n993826> (aufgerufen am 21.8.2020).
- Jaffe, Sarah (2018):** Why did a majority of white women vote for Trump?, in: *New Labor Forum* 27(1): 18–26.
- Johnson, Carrie (2020):** Wave of Young Judges Pushed by McConnell Will be »Ruling for Decades to Come«, in: *National Public Radio, All Things Considered* (2.7.2020); <https://www.npr.org/2020/07/02/886285772/trump-and-mcconnell-via-swath-of-judges-will-affect-u-s-law-for-decades> (aufgerufen am 24.8.2020).
- Johnson, Keven; Phillips, Kristine (2020):** George Floyd Protests: Lawsuits extend fight against police brutality from streets to courtrooms, in: *USA Today* (11.8.2020); <https://www.usatoday.com/story/news/politics/2020/08/11/police-protests-streets-courtrooms-lawsuits-brutality/3304088001/> (aufgerufen am 31.8.2020).
- Jones, Robert (2016):** *The End of White Christian America*. New York: Simon and Schuster.
- Junn, Jane (2017):** The Trump Majority: White Womanhood and the Making of Female Voters in the U.S., in: *Politics, Groups and Identities* 5(2): 343–352.
- Kapur, Sahil (2020):** »We are stunned«: Two Georgia races will decide which party controls the Senate, in: *NBC News* (9.11.2020); <https://www.nbcnews.com/politics/2020-election/we-are-stunned-two-georgia-races-will-decide-which-party-n1246962> (aufgerufen am 2.12.2020).
- Keith, Katie (2020):** Eye on Health Reform: The ACA at the Supreme Court and Beyond, in: *Health Affairs* 39(4): 554f.
- Kelly, Annie (2018):** The Housewives of White Supremacy, in: *The New York Times* (1.6.2018); <https://www.nytimes.com/2018/06/01/opinion/sunday/tradwives-women-alt-right.html> (aufgerufen am 26.8.2020).

- Kelly, Mary Louise; Glenn, Heidi (2020):** Say Her Name: How The Fight For Racial Justice Can Be More Inclusive Of Black Women, in: *New Hampshire Public Radio* (7.7.2020); <https://www.nhpr.org/post/say-her-name-how-fight-racial-justice-can-be-more-inclusive-black-women#stream/0> (aufgerufen am 2.12.2020).
- Krämer, Benjamin; Klinger, Magdalena (2020):** A bad political climate for climate research and trouble for gender studies: right-wing populism as a challenge to science communication, in: Benjamin Krämer/Christina Holtz-Bacha (Hrsg.): *Perspectives on Populism and the Media: Avenues for Research*. Nomos Verlag: 253–270.
- Kubik, Jan (2018):** Vortrag anlässlich eines Workshops an der London School of Economics zur Politik der Gefühle, London, 12.11.2018.
- Lai, K. K. Rebecca (2019):** Abortion Bans: 9 States have passed bills to limit the procedure this year, in: *The New York Times* (29.5.2019); <https://www.nytimes.com/interactive/2019/us/abortion-laws-states.html?mtrref=www.google.com&assetType=REGIWALL> (aufgerufen am 24.8.2020).
- Lawless, Jennifer; Freedman, Paul (2020):** What the Exit Polls are Telling Us, in: *UVA Today*, University of Virginia (6.11.2020); <https://news.virginia.edu/content/what-exit-polls-are-telling-us> (aufgerufen am 2.12.2020).
- Liptak, Adam (2020a):** Barrett's Record: A Conservative Who Would Push the Supreme Court to the Right, in: *The New York Times* (2.11.2020); <https://www.nytimes.com/article/amy-barrett-views-issues.html> (aufgerufen am 2.12.2020).
- Liptak, Adam (2020b):** Supreme Court Upholds Trump Administration Regulation Letting Employers Opt Out of Birth Control Coverage, in: *The New York Times* (8.7.2020); <https://www.nytimes.com/2020/07/08/us/supreme-court-birth-control-obamacare.html> (aufgerufen am 24.8.2020).
- Manne, Kate (2020):** *Entitled: How Male Privilege Hurts Women*. New York: Crown.
- Manne, Kate (2018):** *Down Girl: The Logic of Misogyny*. New York: Oxford University Press.
- Margolis, Michele F. (2020):** Who wants to make America great again? Understanding evangelical support for Donald Trump, in: *Politics and Religion* 13: 89–113.
- Martinez, Jessica; Smith, Gregory (2016):** How the Faithful Voted: A Preliminary 2016 Analysis, in: *Fact Tank: News in the Numbers*, Pew Research Center (9.11.2016); <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/09/how-the-faithful-voted-a-preliminary-2016-analysis/> (aufgerufen am 31.8.2020).
- Massie, Victoria (2016):** White women benefit most from affirmative action – and are among its fiercest opponents, in: *Vox* (23.6.2016); <https://www.vox.com/2016/5/25/11682950/white-women-affirmative-action> (aufgerufen am 30.8.2020).
- Mattheis, Ashley (2019):** Shieldmaidens of Whiteness: (Alt) Maternalism and Women Recruiting for the Far/Alt-Right, in: *Journal for Deradicalization*, Winter 2018/19, 17: 128–162.
- McMillan Cottom, Tressie (2019):** *Thick: And Other Essays*. New York: The New Press.
- McRae, Elizabeth (2018):** *Mothers of Massive Resistance: White Women and the Politics of White Supremacy*. New York, NY: Oxford University Press.
- Miller-Idriss, Cynthia (2020):** *Hate in the Homeland: The New Global Far Right*. Princeton: Princeton University Press.
- Miller-Idriss, Cynthia (2019):** The Global Dimensions of Nationalist Populism, in: *The International Spectator* 54(2): 17–34.
- Miller-Idriss, Cynthia (2018):** *The Extreme Gone Mainstream: Commercialization and Far-right Youth Culture in Germany*. Princeton: Princeton University Press.
- Moattar, Daniel (2020):** »I Refuse to Transport Radical Youth to Jail«: More and More City Bus Drivers are Done Helping Cops, in: *Mother Jones* (5.6.2020); <https://www.motherjones.com/anti-racism-police-protest/2020/06/bus-driver-resistance-george-floyd-police-cops-protest-arrest/> (aufgerufen am 30.9.2020).
- Monk-Turner, Elizabeth (2020):** White Evangelical Activism and the Gender Divide in the 2016 Presidential Election, in: *Society* 57: 30–40.
- Mudde, Cas (2004):** The Populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition* 39(4): 541–563.
- Müller, Jan-Werner (2016):** *What is Populism?* Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Olorunnipa, Toluse (2019):** Trump, who cast himself as pro-LGBT, is now under fire from Democrats for rolling back protections, in: *The Washington Post* (31.5.2019); https://www.washingtonpost.com/politics/trump-who-cast-himself-as-pro-lgbt-now-under-fire-from-democrats-for-rolling-back-protections/2019/05/30/95c04e96-8306-11e9-95a9-e2c830afe24f_story.html (aufgerufen am 24.8.2020).
- Phillips-Fein, Kim (2019):** How the Right Learned to Loathe Higher Education, in: *Chronicle of Higher Education* (31.1.2019); <https://www.chronicle.com/article/how-the-right-learned-to-loathe-higher-education/> (aufgerufen am 1.12.2020).

- Posner, Sarah (2020):** *Unholy: Why White Evangelicals Worship at the Altar of Donald Trump*. New York: Random House.
- Rakich, Nathaniel; Conroy, Meredith (2020):** Progressive Groups are Getting More Selective in Targeting Incumbents. Is it Working?, in: *FiveThirtyEight.com* (21.8.2020); <https://fivethirtyeight.com/features/progressive-groups-are-getting-more-selective-in-targeting-incumbents-is-it-working/> (aufgerufen am 31.8.2020).
- Reynolds, Sara (2020):** Trump has appointed second-most federal judges through June 1 of a president's fourth year, in: *Ballotpedia News* (3.6.2020); <https://news.ballotpedia.org/2020/06/03/trump-has-appointed-second-most-federal-judges-through-june-1-of-a-presidents-fourth-year/> (aufgerufen am 24.8.2020).
- Rosenthal, Lawrence (2020):** *Empire of Resentment: Populism's Toxic Embrace of Nationalism*. New York: The New Press.
- Rosenthal, Lawrence; Trost, Christine (2012):** *Steep: The Precipitous Rise of the Tea Party*. Berkeley: University of California Press.
- Roth, Silke (2018):** Introduction: Contemporary Counter-Movements in the Age of Brexit and Trump, in: *Sociological Research Online* 23(2): 496–506.
- Scala, Dante (2020):** Polls and Elections: The Skeptical Faithful: How Trump Gained Momentum among Evangelicals, in: *Presidential Studies Quarterly* (20.3.2020); <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/psq.12642> (aufgerufen am 2.12.2020).
- Schmidt, Samantha (2019):** Federal judge awards over \$700,000 to former American University student targeted in neo-Nazi »troll storm«, in: *The Washington Post* (19.8.2020); https://www.washingtonpost.com/local/education/federal-judge-awards-700000-to-former-american-university-student-targeted-in-neo-nazi-troll-storm/2019/08/10/f73dca84-bb7f-11e9-bad6-609f75bfd97f_story.html (aufgerufen am 31.8.2020).
- Setzler, Mark; Yanus, Alixandra B. (2018):** Why Did Women Vote for Donald Trump?, in: *PS: Political Science & Politics* 51(3): 523–527.
- Shabo, Vicki (2020):** The Trump Administration is the Reason We Don't Have Paid Parental Leave, in: *Medium.com* (5.2.2020); <https://gen.medium.com/the-trump-administration-is-the-reason-we-dont-have-paid-parental-leave-2d58327cb4f9> (aufgerufen am 29.9.2020).
- Shamo, Lauren (2020):** Mattel just launched a line of politically themed Barbies, including a campaign manager, a fundraiser, and a voter, in: *Business Insider* (28.7.2020); <https://www.businessinsider.com/barbies-political-dolls-mattel-campaign-manager-voter-2020-7> (aufgerufen am 29.8.2020).
- Shaw, Abigail; Duford, Ariana (2019):** More states introduce laws to restrict abortion, in: *Investigative Reporting Workshop* (24.10.2019); <https://investigativereportingworkshop.org/news/more-states-introduce-laws-to-restrict-abortion/> (aufgerufen am 24.8.2020).
- Skocpol, Theda; Williamson, Vanessa (2016):** *The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism*. New York: Oxford University Press.
- Sobel, Laurie; Salganicoff, Alina; Gomez, Ivette (2018):** State and Federal Contraceptive Coverage Requirements: Implications for Women and Employers, in: *Henry J. Kaiser Family Foundation Issue Brief, Women's Health Policy* (29.3.2018); <http://files.kff.org/attachment/Issue-Brief-State-and-Federal-Contraceptive-Coverage-Requirements-Implications-for-Women-and-Employers> (aufgerufen am 24.8.2020).
- Social Science Research Council (2018):** *To Secure Knowledge: Social Science Partnerships for the Common Good*. New York: SSRC.
- Sopel, Jon (2018):** What is Trumpism?, in: *BBC News* (20.1.2018); <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-42738881> (aufgerufen am 9.9.2020).
- Stanley, Jason (2018):** *How Fascism Works: The Politics of Us and Them*. New York: Random House.
- Tabachnick, David E. (2016):** The four characteristics of Trumpism, in: *The Hill* (5.1.2016); <https://thehill.com/blogs/congress-blog/presidential-campaign/264746-the-four-characteristics-of-trumpism> (aufgerufen am 9.9.2020).
- Tien, Charles (2017):** The Racial Gap in Voting Among Women: White Women, Racial Resentment, and Support for Trump, in: *New Political Science* 39(4): 651–669.
- Totenberg, Nina (2020):** Supreme Court Delivers Major Victory to LGBTQ Employees, in: *National Public Radio* (15.6.2020); <https://www.npr.org/2020/06/15/863498848/supreme-court-delivers-major-victory-to-lgbtq-employees> (aufgerufen am 31.8.2020).
- Traister, Rebecca (2017):** The Complicated, Controversial, Historic, Inspiring Women's March, in: *The Cut* (20.1.2017); <https://www.thecut.com/2017/01/the-complicated-controversial-inspiring-womens-march.html> (aufgerufen am 29.8.2020).
- White, Khadijah Costley (2018):** *The Branding of Right-Wing Activism: The News Media and the Tea Party*. New York: Oxford University Press.
- Woods, Eric Taylor; Schertzer, Robert; Greenfeld, Liah; Hughes, Christopher; Miller-Idriss, Cynthia (2020):** COVID-19, nationalism, and the politics of crisis: A scholarly exchange, in: *Nations and Nationalism* (19.7.2020); <https://doi.org/10.1111/nana.12644> (aufgerufen am 1.12.2020).

AUTORIN

Dr. Cynthia Miller-Idriss ist Professorin an der Fakultät für Public Affairs sowie der Bildungswissenschaftlichen Fakultät an der American University in Washington, D. C., wo sie das Polarization and Extremism Research and Innovation Lab (PERIL) am Center for University Excellence (CUE) leitet. Darüber hinaus ist sie Direktorin für Strategie und Partnerschaft am britischen Centre for Analysis of the Radical Right (CARR) sowie Mitglied des internationalen Beirats des norwegischen Zentrums für Extremis-

musforschung (C-REX). Ihre jüngsten Monografien sind *Hate in the Homeland: The New Global Far Right* (Princeton University Press, 2020), *The Extreme Gone Mainstream: Commercialization and Far-Right Youth Culture in Germany* (Princeton University Press, 2020). Zusammen mit Hilary Pilkington ist sie Herausgeberin des Sammelbands *Gender and the Radical and Extreme Right: Mechanisms of Transmission and the Role of Educational Interventions* (Routledge, 2019).

Die Studienreihe *Triumph der Frauen? Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern* finden Sie im Internet unter:

<https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend/gender/triumph-der-frauen-ii>

Die Studienreihe wird laufend erweitert.

Bisher erschienen sind:

- › 01 *Antifeminismus in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie (2020)*
- › 02 *Fallstudie Vereinigtes Königreich und der Brexit (2020)*
- › 03 *Fallstudie Vereinigte Staaten von Amerika (2020)*

Den Studienband *Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe* (2018) finden Sie auf Deutsch und Englisch im Internet unter:

<https://www.fes.de/lnk/3yh>

IMPRESSUM

2020

ISBN 978-3-96250-720-6

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimamaße 17 • 10785 Berlin

Autorin: Cynthia Miller-Idriss

Redaktion: Kim Krach • Friedrich-Ebert-Stiftung, Elisa Gutsche

Ansprechperson: Kim Krach (kim.krach@fes.de)

Übersetzung: Bianca Walther

Gestaltung: Dominik Ziller • DZGN

Druck: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100 Prozent Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung seitens der FES nicht gestattet.

© 2020 Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
www.fes.de

www.fes.de

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Politik
und Gesellschaft